

Handbuch Insolvenzrecht

Frege / Keller / Riedel

9., völlig neu bearbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-406-77237-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Frege/Keller/Riedel
Handbuch Insolvenzrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Insolvenzrecht

von

Dr. Michael C. Frege

Rechtsanwalt in
Frankfurt a. M./Berlin/Leipzig
Fachanwalt für Insolvenzrecht

Ulrich Keller

Professor an der Hochschule
für Wirtschaft und Recht Berlin
Fachbereich Rechtspflege

Ernst Riedel

Dipl.-Rpf. (FH), Dozent an der
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege
Fachbereich Rechtspflege, Starnberg

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

9., völlig neu bearbeitete Auflage 2022



Zitiervorschlag:
Frege/Keller/Riedel, Insolvenzrecht 3.10


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77237 5

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 41, 08058 Zwickau

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 9. Auflage

Die neunte Auflage des vorliegenden Handbuchs ist von vielerlei Umwälzungen des Insolvenz- und Sanierungsrechts geprägt. Gerade die so genannte Corona-Pandemie der letzten Monate und des vergangenen Jahres gab zu Rechtsentwicklungen Anstoß, die das Insolvenz- und Sanierungsrecht grundlegend betrafen. Die temporäre Aussetzung der Insolvenzantragspflicht des § 15a InsO, geknüpft an unterschiedliche Voraussetzungen für verschiedene Zeitabschnitte, durch das COVInsAG vom 27. März 2020 mit all seinen Änderungen, führte zu einem Abflauen der Insolvenzverfahren, was gesamtwirtschaftlich vordergründig zu begüßen ist, den Insolvenzrechtler aber misstrauisch werden lässt.

Das COVInsAG ist in der Neuaufgabe selbstverständlich berücksichtigt. Gleiches gilt natürlich für die Änderungen des SanInsFoG vom 22. Dezember 2020 sowie die weitere Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens durch das Gesetz vom selben Tag. Die Verfahren des seit 1. Januar 2021 geltenden Unternehmensstabilisierungs- und Restrukturierungsgesetzes (StaRUG) sind in Kapitel 2 zu Teil 1 komprimiert dargestellt, in den übrigen Kapiteln wird auf einzelne Regelungen des StaRUG verwiesen, soweit sie im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren Bedeutung haben. Bewusst werden die verschiedenen gerichtlichen Verfahren des StaRUG nicht umfassend dargestellt, da es sich bei diesem Gesetz um kein insolvenzrechtliches Gesetz handeln soll, sondern um eines der Restrukturierung zur Vermeidung einer Insolvenz. Anliegen des Handbuchs der Rechtspraxis ist es aber, genuin für das Insolvenzverfahren eine Handreichung mit Mustern und Erläuterungen für die gerichtliche Praxis zu bieten. Wie bereits im Vorwort zur achten Auflage muss auch hier betont werden, dass sämtliche Muster für gerichtliche Entscheidungen und Verfügungen wie auch für Anträge oder Berichte selbst erarbeitet sind, sie entstammen nicht elektronischen Datenbanken und Verarbeitungsprogrammen, wie sie bei den Gerichten einiger Bundesländer verwendet werden (müssen). Das Handbuch enthält damit mehr als individuell erstellte 185 Musterentscheidungen, Verfügungen, Berichte oder Anträge.

Die neunte Auflage stellt unter Beachtung all dieser Neuregelungen eine völlige Neubearbeitung des Werkes dar. Es wurde in allen Teilen und Kapiteln vollständig überarbeitet und aktualisiert, einige Kapitel mussten neu gegliedert, andere völlig neu geschrieben werden. Damit ging auch die Neuordnung der Randziffern einher. Neben den genannten Gesetzen waren natürlich die weiteren Rechtsänderungen im Insolvenz- und Sanierungsrecht seit der achten Auflage einzuarbeiten, ferner die umfangreichen Änderungen des Vollstreckungsrechts, etwa durch das Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz vom 22. November 2020 oder durch das Gerichtsvollziehererschutzgesetz vom 7. Mai 2021.

Bei der Bearbeitung der Neuaufgabe danken die Autoren der sachkundigen Mitarbeit von Frau Rechtsanwältin Dr. Charlotte Schildt sowie Herrn Rechtsanwalt Dr. Georg Faude, Herrn Rechtsanwalt Joachim Kühne und Herrn Rechtsanwalt Niklas Lütcke, die vor allem die Kapitel zum Insolvenzplanverfahren und zur Eigenverwaltung, sowie die Abschnitte zur Stellung der Gläubiger und des Gläubigerausschusses betreut haben. Mit der Berücksichtigung aktueller Literatur und Rechtsprechung befindet sich die neunte Auflage auf dem Stand vom September 2021.

Die Bewältigung der praktischen Probleme am Insolvenzgericht, in der Insolvenzverwaltung aber auch für Gläubiger ist nach wie vor Zielsetzung des Buches.

Frankfurt am Main, Berlin und Starnberg,
im Februar 2022

Michael C. Frege
Ulrich Keller
Ernst Riedel

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	LXIII
Literaturverzeichnis	LXIX

Teil 1.

Einleitung – Allgemeine Grundsätze des Insolvenzrechts

Kapitel 1. Grundfragen des Insolvenzrechts	3
I. Der Regelungszweck des Insolvenzverfahrens	3
II. Zur Geschichte des Insolvenzrechts	6
III. Internationalisierung des Insolvenzrechts	14
IV. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	16
Kapitel 2. Insolvenzverfahren und Restrukturierungssachen	25
I. Die Sanierung des Unternehmens als gemeinsames Verfahrensziel	25
II. Sanierungsmaßnahmen im gerichtlichen Verfahren	25
III. Die Restrukturierung nach dem StaRUG	27
Kapitel 3. Anwendung von Zivilprozessordnung und Gerichtsverfassungsgesetz ..	38
I. Entsprechende Anwendung der Zivilprozessordnung	38
II. Abweichungen von den Vorschriften der Zivilprozessordnung ..	43
III. Anwendung des Gerichtsverfassungsgesetzes	64
IV. Rechtliches Gehör im Insolvenzverfahren	69
Kapitel 4. Prozesskostenhilfe im Insolvenzverfahren und Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens	73
I. Allgemeine Anwendung der §§ 114 ff. ZPO	73
II. Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens nach §§ 4a ff. InsO ..	76
III. Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter	98
Kapitel 5. Auskunft und Akteneinsicht im Insolvenzverfahren	102
I. Bedeutung der Auskunft in der Praxis der Insolvenzgerichte	102
II. Anwendung des § 299 ZPO im Insolvenzverfahren	106
III. Auskunft und Akteneinsicht im Insolvenzeröffnungsverfahren ..	108
IV. Auskunft und Akteneinsicht im eröffneten Insolvenzverfahren ..	113
V. Auskunft und Akteneinsicht an Behörden durch Amtshilfe	114
VI. Umfang der Akteneinsicht und Ausschluss von der Einsicht	115
VII. Entscheidungszuständigkeit zur Gewährung der Akteneinsicht ..	116
VIII. Aktenversendung	117
Kapitel 6. Die funktionelle Zuständigkeit im Insolvenzverfahren	119
I. Die funktionellen Zuständigkeiten am Insolvenzgericht	119
II. Zuständigkeit im Regelinsolvenzverfahren	123
III. Zuständigkeit in den besonderen Verfahren der Insolvenzordnung	128
Kapitel 7. Rechtsmittel im Insolvenzverfahren	133
I. Das allgemeine Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde, § 6 InsO	133
II. Rechtsmittel gegen Rechtspflegerentscheidungen	139

Inhaltsübersicht

III. Anfechtung der Stimmrechtsentscheidung nach § 18 Abs. 3 RPfG	140
IV. Rechtbehelfsbelehrung nach § 232 ZPO	142
Kapitel 8. Die Register- und Aktenführung	145
I. Rechtsgrundlagen	145
II. Allgemeine Regelungen zur Aktenführung	145
III. Registerführung in Insolvenzsachen	147
IV. Aufbewahrung und Vernichtung der Akten	149
Kapitel 9. Die Insolvenzstatistik	153
I. Bedeutung der Insolvenzstatistik	153
II. Rechtsgrundlagen	154
III. Systematik der Meldepflichten	154
IV. Adressat der Meldungen und Meldefristen	155
V. Inhalt der Meldungen	156

Teil 2.

Das Insolvenzeröffnungsverfahren

Kapitel 1. Verfahrensgrundsätze und Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	163
I. Verfahrensgrundsätze	163
II. Ausschließliche Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	163
III. Die Örtliche Zuständigkeit	165
IV. Kompetenzkonflikte	170
V. Internationale Zuständigkeit	173
Kapitel 2. Insolvenzfähigkeit des Schuldners	175
I. Rechtliche Bedeutung	175
II. Einzelfragen	175
Kapitel 3. Insolvenzgründe	178
I. Vorbemerkungen	178
II. Zahlungsunfähigkeit	179
III. Drohende Zahlungsunfähigkeit gemäß § 18 InsO	186
IV. Überschuldung	187
Kapitel 4. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	199
I. Antragserfordernis	199
II. Der Antrag als Prozesshandlung	199
III. Form und Inhalt	200
IV. Gläubigerantrag	202
V. Besonderheiten bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen	212
VI. Schuldnerantrag	212
VII. Antragsrücknahme und sonstige Erledigung des Eröffnungsantrags	219
Kapitel 5. Gerichtliche Prüfung des Eröffnungsantrags	224
I. Grundsätze	224
II. Zulässigkeitsprüfung beim Eigenantrag	227
III. Zulässigkeitsprüfung beim Fremdantrag	229
IV. Gewährung rechtlichen Gehörs	230
V. Prüfung der Begründetheit des Eröffnungsantrags	233
VI. Die Schutzschrift im Insolvenzeröffnungsverfahren	272

Inhaltsübersicht

Kapitel 6. Sicherungsmaßnahmen im Insolvenzeröffnungsverfahren	277
I. Vorbemerkungen	277
II. Grundnorm § 21 Abs. 1 InsO	277
III. Die vorläufige Insolvenzverwaltung	285
IV. Weitere Sicherungsmittel	305
Kapitel 7. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts	319
I. Allgemeines	319
II. Entscheidung über die Zulässigkeit	319
III. Entscheidung über die Begründetheit	320
IV. Abweisung mangels Masse	320
V. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	329
Teil 3.	
Das eröffnete Insolvenzverfahren	
Kapitel 1. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens	345
I. Das Insolvenzgericht	345
II. Der Insolvenzschuldner	356
III. Die Stellung der Gläubiger im Insolvenzverfahren	374
IV. Rechtsstellung, Befugnisse und Pflichten des Insolvenzverwalters	399
V. Der Gläubigerausschuss	478
VI. Gläubigerversammlung	523
Kapitel 2. Die Insolvenzmasse	541
I. Begriff der Insolvenzmasse	541
II. Inbesitznahme durch den Verwalter	541
III. Umfang der Insolvenzmasse	542
IV. Sicherung und Bewertung der Insolvenzmasse	551
V. Einbeziehung von Gläubigerversammlung und Insolvenzgericht	567
Kapitel 3. Die Insolvenzanfechtung	571
I. Grundtatbestand	571
II. Tatbestände der Insolvenzanfechtung	576
III. Gläubigerbenachteiligung	580
IV. Unmittelbare und mittelbare Gläubigerbenachteiligung	585
V. Bargeschäft	586
VI. Teilanfechtung	590
VII. Anfechtungsgegner	590
VIII. Rechtsfolgen, Verzinsung des Anfechtungsanspruchs	591
IX. Rechtsweg	591
X. Die besondere Insolvenzanfechtung	592
XI. Die Vorsatzanfechtung	600
XII. Schenkungsanfechtung	605
XIII. Kapitalerhaltende Anfechtung	607
XIV. Verjährung des Anfechtungsanspruches	616
Kapitel 4. Aussonderung und Absonderung	617
I. Aussonderung	617
II. Absonderung	620
Kapitel 5. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen zum Verfahren	629
I. Wirkungen der Anmeldung	629
II. Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen	630
III. Das Verfahren der Forderungsanmeldung	637

Inhaltsübersicht

IV. Die Behandlung der Forderungsanmeldungen	646
V. Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen	655
Kapitel 6. Forderungsprüfung	658
I. Grundlagen	658
II. Allgemeiner Prüfungstermin	658
III. Besonderer Prüfungstermin	659
IV. Schriftliche Forderungsprüfung	662
V. Das Verfahren der Forderungsprüfung	664
VI. Besonderheiten beim Widerspruch des Schuldners	676
Kapitel 7. Verfahrensbeendigung	681
I. Allgemeines	681
II. Abschlagsverteilung	681
III. Die Schlussverteilung	686
IV. Die Nachtragsverteilung	735
Kapitel 8. Einstellung des Verfahrens	739
I. Allgemeines	739
II. Einstellung mangels Masse	739
III. Einstellung auf Grund Masseunzulänglichkeit	746
IV. Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrunds	757
V. Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	761
Kapitel 9. Erteilung vollstreckbarer Tabellenauszüge	765
I. Vollstreckung nach Verfahrensbeendigung	765
II. Vereinfachter Titelerwerb	765
III. Zwangsvollstreckung aus dem Insolvenzplan	769
Teil 4.	
Das Insolvenzplanverfahren und die Eigenverwaltung	
Kapitel 1. Das Insolvenzplanverfahren	774
I. Einleitung	774
II. Vorschriften zur Aufstellung und zum Inhalt des Insolvenzplanes ..	777
III. Struktur und Inhalt des Insolvenzplanes	782
IV. Vorprüfung des Insolvenzplanes und Stellungnahmen	787
V. Annahme und Bestätigung des Insolvenzplanes	793
VI. Wirkung des bestätigten Planes, Überwachung der Planerfüllung ..	805
VII. Praktische Hinweise	807
Kapitel 2. Das Verfahren der Eigenverwaltung	822
I. Einleitung	822
II. Rechtsstellung des Schuldners im Verfahren der Eigenverwaltung ..	828
III. Die Eigenverwaltung im Eröffnungsverfahren (§§ 270b ff. InsO) ..	834
IV. Das Schutzschirmverfahren (§ 270d InsO)	840
Teil 5.	
Das Verfahren zur Erteilung der Restschuldbefreiung	
Kapitel 1. Grundlagen der Restschuldbefreiung	851
I. Rechtliche und Wirtschaftliche Ausgangssituation	851
II. Grundüberlegungen zur Restschuldbefreiung	852
Kapitel 2. Das Verfahren der Restschuldbefreiung	858
I. Überblick zum Verfahrensablauf	858
II. Allgemeine Zugangsvoraussetzungen	860

Inhaltsübersicht

III. Der Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung	864
IV. Die Eingangsentscheidung zur Restschuldbefreiung	872
V. Die Entscheidung zur Restschuldbefreiung nach dem Schlusstermin	881
VI. Der Ablauf des Restschuldbefreiungsverfahrens	894
VII. Die Erteilung der Restschuldbefreiung	918

Teil 6.

Verbraucherinsolvenz

Kapitel 1. Grundlagen des Verbraucherinsolvenzverfahrens	932
I. Abgrenzung zum Regelinsolvenzverfahren	932
II. Einbezogener Personenkreis	933
III. Übersicht: Verfahrensablauf	934
Kapitel 2. Eröffnungsantrag	935
I. Eröffnungsantrag des Schuldners	935
II. Eröffnungsantrag eines Gläubigers	941
Kapitel 3. Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	943
I. Voraussetzungen	943
II. Ruhen des Eröffnungsverfahrens	945
III. Zustellung des Schuldenbereinigungsplans	947
IV. Gläubigerreaktionen	949
V. Änderung des Schuldenbereinigungsplans	949
VI. Zustimmungsersetzung	951
VII. Planannahme	956
Kapitel 4. Eröffnetes Verbraucherinsolvenzverfahren	958

Teil 7.

Besonderheiten der Nachlassinsolvenz

Kapitel 1. Das System nachlassrechtlicher Haftungsbeschränkung	960
I. Die Erbenhaftung im Bürgerlichen Recht	960
II. Standort und Bedeutung der Nachlassinsolvenz	962
Kapitel 2. Besonderheiten des Nachlassinsolvenzverfahrens	964
I. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	964
II. Besonderheiten im materiellen Insolvenzrecht	978

Teil 8.

Besonderheiten der Genossenschaftsinsolvenz

Kapitel 1. Grundstrukturen der Genossenschaftsinsolvenz	982
I. Die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaft	982
II. Rechtsquellen zur Genossenschaftsinsolvenz	983
Kapitel 2. Besonderheiten des Genossenschaftsinsolvenzverfahrens	985
I. Besonderheiten des Regelinsolvenzverfahrens	985
II. Besonderheiten bei Insolvenzplan und Eigenverwaltung	989
Kapitel 3. Die Nachschusspflicht der Genossen	991
I. Grundlagen zur Nachschusspflicht	991
II. Das Verfahren der Feststellung und der Vollstreckbarkeit	995

Inhaltsübersicht

Teil 9.

Vergütung im Insolvenzverfahren und Kosten des Insolvenzverfahrens

Kapitel 1. Vergütung im Insolvenzverfahren	1009
I. Grundlagen zur Vergütung des Insolvenzverwalters	1009
II. Die Bestimmung der Vergütung des Insolvenzverwalters	1013
III. Das Verfahren der Vergütungsfestsetzung	1032
IV. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	1041
V. Vergütung in besondere Verfahrensarten	1051
VI. Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1056
Kapitel 2. Gerichtskosten des Insolvenzverfahrens	1060
I. Kostenschuldner, Gegenstandswert und Kostenansatz	1060
II. Die Gebührentatbestände des Gerichtskostengesetzes	1067
III. Die Entschädigung des Sachverständigen	1072
Kapitel 3. Kosten des Gerichtsvollziehers im Insolvenzverfahren	1074
I. Allgemeine Geltung des Gerichtsvollzieherkostengesetzes	1074
II. Die Gebührentatbestände des Gerichtsvollzieherkostengesetzes ..	1074
Kapitel 4. Rechtsanwaltsgebühren im Insolvenzverfahren	1077
I. Allgemeine Geltung der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung ..	1077
II. Die Gebührentatbestände des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes ..	1077

Teil 10.

Internationales Insolvenzrecht

Kapitel 1. Überblick	1084
I. Der Begriff des Internationalen Insolvenzrechts	1084
II. Rechtsgrundlagen	1084
III. Internationale Zuständigkeit der Insolvenzgerichte	1086
Kapitel 2. Wirkungserstreckung eines ausländischen Verfahrens auf das deutsche Inland	1089
I. Wirkungserstreckung durch Anerkennung	1089
II. Anerkennungsvoraussetzungen	1090
III. Verfahren der Anerkennung	1091
IV. Umfang der Wirkungserstreckung	1091
Kapitel 3. Vollstreckung ausländischer Insolvenzscheidungen	1096
I. Autonomes Recht	1096
II. EU-Verordnung	1096
Kapitel 4. Beteiligung inländischer Gläubiger am ausländischen Verfahren	1097
I. Allgemeines	1097
II. Mitteilung der Verfahrenseröffnung	1097
III. Forderungsanmeldung	1097
Kapitel 5. Aufgaben des inländischen Insolvenzgerichts aufgrund einer ausländischen Verfahrenseröffnung	1099
I. Allgemeines	1099
II. Sicherungsmaßnahmen	1099
III. Veröffentlichungen	1100
IV. Registereintragungen	1101
Kapitel 6. Inländisches Partikularinsolvenzverfahren	1103
I. Begriff	1103

Inhaltsübersicht

II. Voraussetzungen	1103
III. Zuständigkeit	1105
IV. Antragsrecht	1105
V. Prüfung der Eröffnungsvoraussetzungen	1106
VI. Eröffnung des Partikularinsolvenzverfahren	1107
Kapitel 7. Wirkungserstreckung eines inländischen Insolvenzverfahrens im Ausland	1113
I. Universalitätsanspruch des deutschen Rechts	1113
II. Inländische Rechtsfolgen	1113
III. Ausländische Rechtsfolgen	1114
IV. Besonderheiten eines inländischen Verfahrens mit Auslandsbezug	1114


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	LXIII
Literaturverzeichnis	LXIX

Teil 1.

Einleitung – Allgemeine Grundsätze des Insolvenzrechts

Kapitel 1. Grundfragen des Insolvenzrechts	3
I. Der Regelungszweck des Insolvenzverfahrens	3
1. Der Zweck des Insolvenzrechts im Wirtschaftsleben	3
2. Die Einordnung des Insolvenzrechts in die allgemeine Rechtsordnung	5
II. Zur Geschichte des Insolvenzrechts	6
1. Vom römischen Recht zur Konkursordnung	6
2. Insolvenzrechtsreform und Insolvenzordnung	8
III. Internationalisierung des Insolvenzrechts	14
1. Universalitätsprinzip und Territorialprinzip	14
2. Die Europäische Verordnung über Insolvenzverfahren	15
IV. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	16
1. Die Stellung des Insolvenzverfahrens im Zivilrecht	16
2. Entscheidungskompetenzen des Insolvenzgerichts	16
3. Haftungsverwirklichung für die Gläubiger	17
4. Das Prinzip der gleichmäßigen Befriedigung der Gläubiger ...	17
5. Die Selbstverwaltungsorgane in der Insolvenz	18
a) Grundsatz der Gläubigerautonomie	18
b) Der Insolvenzverwalter	18
c) Die Gläubigerversammlung	19
d) Der Gläubigerausschuss	20
6. Die Insolvenzmasse als Haftungsobjekt für die Insolvenzgläubiger	21
a) Die rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung der Insolvenzmasse	21
b) Der Umfang der Insolvenzmasse	21
c) Die Geschäftsbücher des Schuldners	22
d) Das Handelsgeschäft des Schuldners	23
e) Die Bereinigung der Insolvenzmasse	23
7. Anmeldepflicht der Insolvenzgläubiger	24
Kapitel 2. Insolvenzverfahren und Restrukturierungssachen	25
I. Die Sanierung des Unternehmens als gemeinsames Verfahrensziel	25
II. Sanierungsmaßnahmen im gerichtlichen Verfahren	25
1. Die Sanierungsfähigkeit als betriebswirtschaftliche Voraussetzung	25
2. Sanierungsmaßnahmen im Insolvenzverfahren	26
3. Literatur zu Sanierung und Restrukturierung	27
III. Die Restrukturierung nach dem StaRUG	27
1. Außergerichtliche Restrukturierung und gerichtliche Instrumente	27

Inhaltsverzeichnis

2. Die außergerichtliche Restrukturierung	28
a) Aufbau und Inhalt eines Restrukturierungsplans	28
b) Das Verfahren der Planabstimmung	30
c) Die Wirkungen des Restrukturierungsplans	31
3. Die Instrumente der Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens	31
a) Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	31
b) Der Restrukturierungsbeauftragte und der Gläubigerbeirat	32
c) Die gerichtliche Planabstimmung	33
d) Die gerichtliche Vorprüfung eines Restrukturierungsplans	34
e) Die Anordnung von Stabilisierungsmaßnahmen	34
d) Die gerichtliche Planbestätigung	36
4. Das Verfahren der Sanierungsmoderation	37
Kapitel 3. Anwendung von Zivilprozessordnung und Gerichtsverfassungsgesetz ..	38
I. Entsprechende Anwendung der Zivilprozessordnung	38
1. Verweisung auf die Zivilprozessordnung durch § 4 InsO	38
2. Vorschriften über den Gerichtsstand	38
3. Parteifähigkeit, Prozessfähigkeit, Vertretung im Verfahren	39
4. Vorschriften des Kostenwesens	39
a) Bestimmung des Gegenstandswerts	39
b) Kostentragungspflicht des Schuldners	39
5. Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen	40
a) Allgemeine Anwendung der Zivilprozessordnung	40
b) Befangenheit der Organe des Insolvenzgerichts	41
6. Die virtuelle Teilnahme an gerichtlichen Terminen nach § 128a ZPO	42
7. Anwendbarkeit der Vorschriften des Achten Buchs der ZPO ..	42
II. Abweichungen von den Vorschriften der Zivilprozessordnung ...	43
1. Der Grundsatz der Amtsermittlung	43
2. Schriftliche Durchführung des Insolvenzverfahrens	44
a) Grundsatz der Mündlichkeit	44
b) Voraussetzungen der schriftlichen Durchführung	44
c) Schriftliche Durchführung der Gläubigerversammlungen ..	45
d) Beschlussfassung des Gerichts	46
e) Muster: Beschluss zur Anordnung des mündlichen Verfahrens	46
3. Entscheidungen des Insolvenzgerichts	47
a) Verfügungen und Beschlüsse	47
b) Begründung gerichtlicher Entscheidungen	47
4. Die Zustellung im Insolvenzverfahren	47
a) Zustellung von Amts wegen nach § 8 Abs. 1 InsO	47
b) Die Arten der Zustellung	48
aa) Zustellung durch Aushändigung	49
bb) Zustellung von elektronischen Dokumenten gegen Empfangsbekanntnis	49
cc) Zustellung durch Einschreiben mit Rückschein	50
dd) Zustellung mit Zustellungsurkunde	50
ee) Zustellung durch Aufgabe zur Post	51
c) Die Wahl der Zustellungsart	52
d) Zustellung des Schuldenbereinigungsplans nach § 307 Abs. 1 Satz 3 InsO	52

Inhaltsverzeichnis

e) Übertragung der Zustellung auf den Insolvenzverwalter nach § 8 Abs. 3 InsO	53
5. Die Öffentliche Bekanntmachung im Insolvenzverfahren	54
a) Bedeutung und Zweck der öffentlichen Bekanntmachung	54
aa) Die materiellrechtliche Warnfunktion der öffentlichen Bekanntmachung	54
bb) Die verfahrensrechtliche Gewährleistung der Verfahrensbeteiligung	55
b) Öffentlich bekanntzumachende Tatsachen und Entscheidungen	55
aa) Besondere gesetzliche Anordnung der öffentlichen Bekanntmachung	55
bb) Pressemitteilungen	56
c) Das Verhältnis zwischen öffentlicher Bekanntmachung und Zustellung	56
d) Der Ort der öffentlichen Bekanntmachung	57
aa) Das Internet als amtliches Verkündungsblatt nach § 9 Abs. 1 Satz 1 InsO	57
bb) Die zusätzliche Bekanntmachung im Bundesanzeiger	57
cc) Veröffentlichung in Tageszeitungen	57
dd) Die Kosten der öffentlichen Bekanntmachung	58
e) Die Verordnung zur öffentlichen Bekanntmachung in Insolvenzverfahren	58
aa) Technische Anforderungen an die Internetbekanntmachung	59
bb) Lösungsfristen	59
cc) Sicherstellung des Zugangs zum Internet durch das Gericht	59
f) Inhaltliche Angaben der öffentlichen Bekanntmachung ...	59
aa) Die Bezeichnung des Schuldners	60
bb) Die Bezeichnung des Insolvenzverwalters	61
cc) Die Angabe eines antragstellenden Gläubigers	61
dd) Der Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	61
ee) Einberufung der Gläubigerversammlung	63
g) Wirksamkeit und Rechtsfolgen der öffentlichen Bekanntmachung	63
h) Die Zustellungsfiktion nach § 9 Abs. 3 InsO	64
III. Anwendung des Gerichtsverfassungsgesetzes	64
1. Deutsch als Gerichtssprache	65
2. Regelung der Geschäftsverteilung	65
3. Sitzungsleitung	66
a) Anwendung der §§ 176 ff. GVG auf die Gläubigerversammlung	66
b) Ordnungsmaßnahmen des Gerichts	67
4. Nicht-Öffentlichkeit der Gläubigerversammlung	67
5. Protokollierung der Verhandlung	68
6. Rechts- und Amtshilfe	68
IV. Rechtliches Gehör im Insolvenzverfahren	69
1. Anhörung der Beteiligten	69
a) Vorgeschriebene Anhörung im Verfahren	69
b) Absehen von einer Anhörung	70

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtliches Gehör	70
a) Rechtliches Gehör bei Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	71
b) Rechtliches Gehör bei verfahrensabschließenden Entscheidungen	71
c) Rechtliches Gehör und persönliche Beschränkungen des Schuldners	72
Kapitel 4. Prozesskostenhilfe im Insolvenzverfahren und Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens	73
I. Allgemeine Anwendung der §§ 114 ff. ZPO	73
1. Prozesskostenhilfe für den Gläubiger	73
2. Prozesskostenhilfe für den Schuldner des Insolvenzverfahrens ..	73
a) Verweigerung von Prozesskostenhilfe im Allgemeinen	73
b) Gewährung von Prozesskostenhilfe zur Erlangung der Restschuldbefreiung	74
c) Gewährung von Beratungshilfe	76
II. Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens nach §§ 4a ff. InsO ..	76
1. Überblick zum Regelungsgehalt der §§ 4a ff. InsO	76
2. Die Voraussetzungen der Gewährung von Kostenstundung ...	77
a) Antrag auf Erteilung der Kostenstundung und Antrag auf Restschuldbefreiung	77
aa) Grundsatz des Antragsfordernisses	77
bb) Zeitpunkt der Antragstellung	78
cc) Inhalt des Antrags und vorzulegende Nachweise	78
b) Keine Deckung der Verfahrenskosten durch das Vermögen des Schuldners	79
aa) Bewertung des schuldnerischen Vermögens	79
bb) Prognose der Verfahrenskosten	80
cc) Deckung der Verfahrenskosten durch Dritte	80
c) Nichtvorliegen von Versagungsgründen nach § 290 InsO ..	80
3. Die Entscheidung über den Antrag auf Kostenstundung	81
a) Die Kostenstundung als Folgeentscheidung	81
b) Die Zuständigkeit für die Entscheidung	82
c) Die Entscheidung in den jeweiligen Verfahrensabschnitten	82
aa) Die Kostenstundung im Insolvenzeröffnungsverfahren	82
bb) Die Kostenstundung im Schuldenbereinigungsverfahren	83
cc) Die Kostenstundung im eröffneten Insolvenzverfahren	83
dd) Die Kostenstundung im Restschuldbefreiungsverfahren	84
ee) Kostenstundung im Beschwerdeverfahren	84
ff) Muster: Bewilligung der Kostenstundung nach Insolvenzeröffnung	85
d) Rechtsmittel gegen die Entscheidung über Kostenstundung	85
4. Beiordnung eines Rechtsanwalts	86
a) Erfordernis einer anwaltlichen Vertretung	86
b) Verfahren der Beiordnung	87

Inhaltsverzeichnis

c) Muster: Beschluss über die nachträgliche Beiordnung eines Rechtsanwalts im Restschuldbefreiungsverfahren	87
d) Die Gebühren des beigeordneten Anwalts	88
5. Die Wirkungen der Kostenstundung	88
a) Suspension der Kostenerhebung beim Schuldner	88
b) Zweitschuldnerhaftung eines Gläubigers	88
c) Vergütungsansprüche gegen die Staatskasse	89
6. Verlängerung der Stundung und Anordnung von Ratenzahlungen	89
a) Das Ende der Stundungswirkung mit Ende des Restschuldbefreiungsverfahrens	89
b) Verlängerung der Stundung bei andauerndem Unvermögen des Schuldners	90
c) Das Verfahren der Verlängerung der Stundung	90
d) Muster: Bewilligung einer Verlängerung der Kostenstundung nach Annahme eines Schuldenbereinigungsplans	93
e) Muster: Verlängerung der Kostenstundung und Anordnung von Ratenzahlungen nach Erteilung der Restschuldbefreiung	93
7. Möglichkeiten der Abänderung getroffener Entscheidungen ..	94
a) Vorzeitige Aufhebung der Kostenstundung nach § 4b Abs. 2 InsO	94
b) Aufhebung der Kostenstundung nach § 4c InsO	94
c) Das Verfahren zur Aufhebung der Kostenstundung	96
d) Folgen der Aufhebung der Kostenstundung	97
e) Muster: Aufhebung der Kostenstundung innerhalb des Restschuldbefreiungsverfahrens	97
III. Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter	98
1. Anwendung des § 116 Abs. 1 Nr. 1 ZPO auf den Insolvenzverwalter	98
2. Die Voraussetzungen zur Gewährung von Prozesskostenhilfe ..	98
a) Umfang der Insolvenzmasse	98
b) Einstandspflicht der Gläubiger als wirtschaftlich Beteiligte ..	99
Kapitel 5. Auskunft und Akteneinsicht im Insolvenzverfahren	102
I. Bedeutung der Auskunft in der Praxis der Insolvenzgerichte	102
1. Tragweite der Auskunftsgewährung	102
2. Entwicklung in Rechtsprechung und Literatur	103
3. Auskunft mittels elektronischer Medien und Datenträger	104
a) Veröffentlichungen im Internet	104
b) Beauftragung von Dienstleistern zur Auskunft im Internet ..	105
4. Auskunft auf Grund Informationsfreiheitsgesetz	105
5. Auskunft bei börsennotierten Unternehmen und Finanzdienstleistern	106
II. Anwendung des § 299 ZPO im Insolvenzverfahren	106
1. Der Parteienbegriff im Insolvenzverfahren	106
2. Auskunft bei öffentlich bekanntgemachten Tatsachen	107
3. Grundfragen der Auskunft und Akteneinsicht	108
III. Auskunft und Akteneinsicht im Insolvenzeröffnungsverfahren ...	108
1. Der Parteienbegriff im Insolvenzeröffnungsverfahren	108
a) Die Parteien im Sinne des § 299 Abs. 1 ZPO	108
b) Glaubhaftmachung eines rechtlichen Interesses	108

Inhaltsverzeichnis

2. Antwort des Gerichts bei fehlender Glaubhaftmachung	109
3. Muster: Schreiben des Gerichts zur Glaubhaftmachung eines rechtlichen Interesses	110
4. Auskunft bei Eigenantrag des Schuldners	110
5. Auskunftsgewährung bei Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen	111
6. Antragszurückweisung, Erledigung der Hauptsache	111
7. Abweisung der Insolvenzeröffnung mangels Masse	111
a) Öffentliche Bekanntmachung der Abweisung mangels Masse	111
b) Akteneinsicht nach Abweisung mangels Masse	112
c) Einsicht in das Gutachten zur Abweisung mangels Masse ..	113
IV. Auskunft und Akteneinsicht im eröffneten Insolvenzverfahren ...	113
1. Keine unbegrenzte Auskunftspflicht des Gerichts	113
2. Festlegung einer Berichtspflicht gegenüber der Gläubigerversammlung	113
3. Beendigung des eröffneten Insolvenzverfahrens	114
V. Auskunft und Akteneinsicht an Behörden durch Amtshilfe	114
1. Stellung der Behörde im Insolvenzverfahren	114
2. Einsichtsgewährung als gerichtliche Entscheidung	115
VI. Umfang der Akteneinsicht und Ausschluss von der Einsicht	115
1. Einsicht in die Verfahrensakte	115
2. Beschränkung der Einsicht auf Teile der Akten	115
VII. Entscheidungszuständigkeit zur Gewährung der Akteneinsicht ...	116
1. Akteneinsicht an Parteien des Verfahrens	116
2. Akteneinsicht an Dritte	116
VIII. Aktenversendung	117
1. Aktenversendung im laufenden Verfahren	117
2. Muster: Schreiben zum Gesuch auf Aktenversendung im laufenden Insolvenzverfahren	117
3. Aktenversendung im abgeschlossenen Verfahren	118
a) Voraussetzungen der Aktenversendung	118
b) Muster: Verfügung zur Aktenversendung	118
Kapitel 6. Die funktionelle Zuständigkeit im Insolvenzverfahren	119
I. Die funktionellen Zuständigkeiten am Insolvenzgericht	119
1. Richter, Rechtspfleger und Urkundsbeamter der Geschäftsstelle	119
2. System der Zuständigkeitsregelung des Rechtspflegergesetzes ..	120
3. Das Evokationsrecht nach § 18 Abs. 2 RPflG	121
4. Die funktionelle Zuständigkeit in Restrukturierungssachen ...	123
II. Zuständigkeit im Regelinsolvenzverfahren	123
1. Zuständigkeit im Insolvenzeröffnungsverfahren	123
a) Allgemeine gerichtliche Entscheidungen	123
b) Zuständigkeit für verfahrensleitende Verfügungen	125
c) Festsetzung der Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	125
2. Zuständigkeit im eröffneten Insolvenzverfahren	126
a) Allgemeine Zuständigkeit des Rechtspflegers	126
b) Entscheidung über Vollstreckungsmaßnahmen im Insolvenzverfahren	128

Inhaltsverzeichnis

III. Zuständigkeit in den besonderen Verfahren der Insolvenzordnung	128
1. Zuständigkeit im Insolvenzplanverfahren	128
2. Entscheidungen im Verfahren der Eigenverwaltung	129
3. Entscheidungen in Konzerninsolvenzverfahren	130
4. Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung	130
a) gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	130
b) Rechtspflegerzuständigkeit im vereinfachten Insolvenzverfahren	131
c) Erteilung und Versagung der Restschuldbefreiung	131
5. Entscheidungen im internationalen Insolvenzrecht	132
Kapitel 7. Rechtsmittel im Insolvenzverfahren	133
I. Das allgemeine Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde, § 6 InsO	133
1. Anfechtbarkeit von Entscheidungen im Insolvenzverfahren ...	133
2. Verfahrensgang bei Einlegung der sofortigen Beschwerde	135
3. Die Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	137
a) Erfordernis der Zulassung nach § 574 ZPO	137
b) Einlegung der Rechtsbeschwerde	138
c) Verfahrensgang	139
II. Rechtsmittel gegen Rechtspflegerentscheidungen	139
1. Verweis auf allgemeines Verfahrensrecht nach § 11 Abs. 1 RPfG	139
2. Anwendung des § 11 Abs. 2 RPfG	140
III. Anfechtung der Stimmrechtsentscheidung nach § 18 Abs. 3 RPfG	140
1. Grundsatz der Unanfechtbarkeit der Stimmrechtsentscheidung	140
2. Antrag auf Neufestsetzung des Stimmrechts	141
IV. Rechtsbehelfsbelehrung nach § 232 ZPO	142
1. Notwendigkeit der Rechtsbehelfsbelehrung	142
2. Entbehrlichkeit und Folgen des Unterlassens	142
3. Arten der Rechtsbehelfe im Insolvenzverfahren	142
4. Muster für Rechtsbehelfsbelehrungen	143
a) Konkreter Inhalt der Rechtsbehelfsbelehrung	143
b) Muster: Rechtsbehelfsbelehrung bei Statthaftigkeit der Rechtspflegererinnerung nach § 11 Abs. 2 RPfG	143
c) Muster: Rechtsbehelfsbelehrung bei Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde nach 6 InsO	144
d) Muster: Rechtsbehelfsbelehrung bei Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde nach § 793 ZPO	144
Kapitel 8. Die Register- und Aktenführung	145
I. Rechtsgrundlagen	145
II. Allgemeine Regelungen zur Aktenführung	145
1. Aktenregister und Namensverzeichnis	145
2. Bildung der Akten	146
3. Aktenversendung	146
4. Weglegung der Akten	147
III. Registerführung in Insolvenzsachen	147
1. Bildung des Aktenzeichens	147
2. Zusammensetzung der Insolvenzakte	148
IV. Aufbewahrung und Vernichtung der Akten	149
1. Aufbewahrung der Insolvenzakte	149
a) Allgemeine Aufbewahrungsfristen	149

Inhaltsverzeichnis

b) Aufbewahrung von Schriftstücken mit vollstreckbarem Inhalt	151
c) Aufbewahrung bei Insolvenzplan	151
2. Aufbewahrung sonstiger Schriftstücke und Sonderakten	151
Kapitel 9. Die Insolvenzstatistik	153
I. Bedeutung der Insolvenzstatistik	153
II. Rechtsgrundlagen	154
III. Systematik der Meldepflichten	154
IV. Adressat der Meldungen und Meldefristen	155
1. Adressat Meldung und elektronische Übermittlung	155
2. Meldefristen	156
V. Inhalt der Meldungen	156
1. Eröffnung oder Abweisung mangels Masse	156
2. Annahme eines Schuldenbereinigungsplans	157
3. Verfahrensbeendigung	157
4. Restschuldbefreiungsverfahren	157
5. Kosten und Vergütungen	157
6. Restrukturierungssachen	158
7. Erhebungsbögen zur Insolvenzstatistik	159

Teil 2.

Das Insolvenzeröffnungsverfahren

Kapitel 1. Verfahrensgrundsätze und Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	163
I. Verfahrensgrundsätze	163
II. Ausschließliche Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	163
1. Zuständigkeit nach § 2 InsO	163
2. Übersicht: Landesrechtliche Regelungen zur Zuständigkeitskonzentration in Insolvenzsachen nach § 2 Abs. 2 InsO	164
III. Die Örtliche Zuständigkeit	165
1. Gesetzssystematik	165
2. Allgemeiner Gerichtsstand	166
a) Natürliche Personen	166
b) Juristische Personen und gleichgestellte Gesellschaften	166
3. Mittelpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit	167
a) Begriff	167
b) Eingestellte Geschäftstätigkeit	168
c) Gesellschafter-Insolvenz	169
d) Mehrfache Zuständigkeit	169
IV. Kompetenzkonflikte	170
1. Verweisung auf Antrag	170
2. Bestimmung der Zuständigkeit	170
a) Verfahren	170
b) Muster: Zwischenverfügung bei örtlicher Unzuständigkeit des Gerichts	171
c) Muster: Verweisungsbeschluss bei örtlicher Unzuständigkeit	171
d) Muster: Zurückweisung des Eröffnungsantrags wegen Unzuständigkeit	172
e) Muster: Vorlage zur Bestimmung des zuständigen Gerichts	172
V. Internationale Zuständigkeit	173

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 2. Insolvenzfähigkeit des Schuldners	175
I. Rechtliche Bedeutung	175
1. Begriff der Insolvenzfähigkeit	175
2. Zulässigkeitsvoraussetzung	175
3. Verfahrensfähigkeit	175
II. Einzelfragen	175
1. Insolvenzfähige Personen und Personengemeinschaften	175
2. Insolvenzunfähige Personen und Personenvereinigungen	177
Kapitel 3. Insolvenzgründe	178
I. Vorbemerkungen	178
1. Insolvenzgründe	178
2. Antragsbefugnis	178
3. Prüfung durch das Insolvenzgericht	178
II. Zahlungsunfähigkeit	179
1. Gesetzliche Definition	179
2. Tatbestandsmerkmale	180
a) Fällige Zahlungspflichten des Schuldners	180
b) Abgrenzung zur Zahlungsstockung	181
aa) Wesentlichkeit	181
bb) Dauer der Zahlungsunfähigkeit/Zahlungsstockung ..	182
cc) Indizien für eine Zahlungsunfähigkeit	183
dd) Liquidierbares Vermögen	183
c) Auslegungsgrundsatz	183
d) Abgrenzung zur Zahlungsunwilligkeit	184
e) Zahlungseinstellung als Regelfall der Zahlungsunfähigkeit ..	184
f) Weitere Bedeutung der Zahlungsunfähigkeit	185
3. Prüfung der Zahlungsunfähigkeit	185
III. Drohende Zahlungsunfähigkeit gemäß § 18 InsO	186
1. Gesetzliche Definition	186
2. Tatbestandsmerkmale	186
a) Drohend	186
b) Prognose der Zahlungsunfähigkeit	187
c) Zahlungsunfähigkeit	187
IV. Überschuldung	187
1. Vorbemerkung	187
2. Gesetzliche Definition	188
3. Tatbestandsmerkmale	188
a) Feststellen der Überschuldung	188
b) Vermögensansatz	189
aa) Methode	189
bb) Einlagen	189
cc) Eigene Geschäftsanteile	189
dd) Immaterielle Vermögenswerte	189
ee) Immobilien und Mobilien	189
ff) Unfertige Produkte	190
gg) Forderungen	190
hh) Ansprüche gegen Geschäftsführer/Gesellschafter	190
ii) Konzernansprüche	191
c) Passiva	191
aa) Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ..	191
bb) Pensionsverpflichtungen	192
cc) Haftung, insbesondere Umwelthaftung	192

Inhaltsverzeichnis

dd) Sonstige Verbindlichkeiten	192
ee) Vermögensvergleich	192
ff) Muster eines Überschuldungsstatus	193
d) Fortführungsprognose	194
e) Fortführungsprognose im Einzelnen	194
aa) Kriterien einer Prognose	194
bb) Prognosezeitraum	195
f) Maßnahmen zur Beseitigung der Überschuldung	196
g) Übersichten: Phasen der Unternehmenskrise und Aufgaben der Insolvenzverwaltung	197
Kapitel 4. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	199
I. Antragserfordernis	199
II. Der Antrag als Prozesshandlung	199
1. Partei- und Prozessfähigkeit	199
2. Rechtsgeschäftliche Vertretung	199
III. Form und Inhalt	200
1. Schriftform	200
2. Bedingungsfeindlichkeit	200
3. Bestimmtheiterfordernis	201
4. Daten der Beteiligten	201
5. Angaben zur Insolvenzfähigkeit	201
IV. Gläubigerantrag	202
1. Forderung gegen den Schuldner	202
a) Art der Forderung	202
b) Fehlende Einzugsbefugnis	202
2. Rechtsschutzbedürfnis	203
a) Berücksichtigung von Amts wegen	203
b) Beteiligung im eröffneten Verfahren	203
c) Verfolgung verfahrensfremder Ziele	204
d) Alternative Rechtsverfolgung	204
e) Gesicherte Ansprüche	205
f) Eingeschränkt durchsetzbare Ansprüche	205
3. Glaubhaftmachung der Forderung	205
4. Glaubhaftmachung des Insolvenzgrundes	207
a) Zulässigkeitsvoraussetzung	207
b) Mittel der Glaubhaftmachung	207
5. Anlagen	208
6. Kosten	208
7. Prozesskostenhilfe	210
a) Voraussetzungen	210
b) Muster: Anhörung des Schuldners zum Prozesskostenhilfeantrag des Gläubigers	211
c) Muster: Bewilligung der Prozesskostenhilfe für den Gläubiger	211
d) Muster: Gläubigerantrag auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	212
V. Besonderheiten bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen	212
VI. Schuldnerantrag	212
1. Allgemeine Anforderungen	212
a) Notwendige Angaben und Nachweise	212
b) Rechtsschutzbedürfnis	213

Inhaltsverzeichnis

2. Antragsrecht	213
a) Regelfall	213
b) Faktisches Vertretungsorgan	214
c) Gesellschaft ohne Vertretungsorgan	214
d) Vor-Gesellschaft und Vorgründungsgesellschaft	214
e) Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	214
f) Besonderheiten bei mehrköpfiger Vertretung	215
3. Antragspflicht	215
a) Natürliche Personen/Personengesellschaften	215
b) Juristische Personen	215
c) Personengesellschaften ohne natürliche Person als persönlich haftende Gesellschafter	216
d) Nachlass	216
e) Fortgesetzte Gütergemeinschaft	216
f) Verein	217
aa) Eingetragener Verein	217
bb) Nicht eingetragener Verein	217
g) Körperschaft des öffentlichen Rechts	217
h) Stiftung	217
i) Kreditinstitute	217
j) Stille Gesellschaft/Innengesellschaft	217
4. Kosten	217
5. Muster: Eigenantrag auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens über das Vermögen einer Kommanditgesellschaft wegen drohender Zahlungsunfähigkeit	218
VII. Antragsrücknahme und sonstige Erledigung des Eröffnungsantrags	219
1. Form und Inhalt der Antragsrücknahme	219
2. Rücknahme des Eigenantrags bei mehrköpfiger Vertretung und Vertreterwechsel	219
3. Rücknahme des Fremdantrags	219
a) Fälle der Antragsrücknahme	219
b) Kostenfolge der Antragsrücknahme	219
c) Muster: Kostenentscheidung nach Rücknahme des Fremdantrags	220
4. Erledigungserklärung des Fremdantrags	220
a) Einseitige Erledigungserklärung	220
b) Übereinstimmende Erledigungserklärung	221
c) Anwendungsbereich	221
d) Muster: Entscheidung nach einseitiger Erledigungserklärung	222
5. Zeitpunkt der Rücknahme oder der Erledigungserklärung ...	222
Kapitel 5. Gerichtliche Prüfung des Eröffnungsantrags	224
I. Grundsätze	224
1. Eingeschränkte Amtsermittlungspflicht	224
a) Allgemeines	224
b) Amtsermittlungen im Bereich der Zulässigkeit	224
c) Von Amts wegen zu beachtende Zulässigkeitsvoraussetzungen	225
2. Formale Sachbehandlung	226
3. Muster: Verbindung mehrerer Eröffnungsverfahren	227
4. Hinweis auf Restschuldbefreiung	227

Inhaltsverzeichnis

II. Zulässigkeitsprüfung beim Eigenantrag	227
1. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	227
2. Notwendige Verzeichnisse und Erklärungen	227
3. Entscheidung	228
4. Muster: Beanstandung eines Eigenantrags	228
III. Zulässigkeitsprüfung beim Fremdantrag	229
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	229
2. Entscheidung	229
3. Muster: Beanstandung eines Fremdantrags	230
IV. Gewährung rechtlichen Gehörs	230
1. Anhörung des Schuldners zu einem Fremdantrag	230
a) Zeitpunkt der Anhörung	230
b) Modalitäten der Anhörung	231
c) Entbehrlichkeit der Anhörung	231
d) Muster: Anhörung des Schuldners zu einem Fremdantrag ohne Aufforderung zur Auskunftserteilung	232
2. Anhörung der übrigen Beteiligten im Falle des § 15 Abs. 2 InsO	232
3. Muster: Anhörung der übrigen Mitglieder des Vertretungsorgans ohne Aufforderung zur Auskunftserteilung ..	232
V. Prüfung der Begründetheit des Eröffnungsantrags	233
1. Umfang der Prüfungspflicht	233
a) Eröffnungsgrund	233
aa) Allgemeines	233
bb) Eingeräumter Insolvenzgrund	233
cc) Aufklärungsdefizit	233
b) Gläubigerförderung	234
aa) Grundsatz	234
bb) Ausnahme	234
c) Umfang der Masse	235
2. Maßnahmen zur Amtsermittlung	235
a) Anhörung des Schuldners und sonstiger auskunftspflichtiger Personen	235
aa) Auskunfts- und Mitwirkungspflicht	235
bb) Schriftliche Auskunft	236
cc) Muster: Aufforderung an Schuldner zur schriftlichen Auskunft	237
dd) Muster: Fragebogen des Insolvenzgerichts	237
ee) Bestimmung eines Anhörungstermins	242
ff) Muster: Terminbestimmung zur Anhörung des Schuldners	243
gg) Zwangsmaßnahmen gegen den Schuldner und sonstige Auskunftspflichtige	243
hh) Muster: Vorführungsbefehl	244
ii) Muster: Androhung der Verhaftung	245
jj) Muster: Haftbefehl	245
kk) Anhörung im Wege der Rechtshilfe	245
ll) Muster: Ersuchen um Rechtshilfe	246
b) Auskunft des Gerichtsvollziehers	246
c) Muster: Auskunftersuchen an Gerichtsvollzieher	246
d) Auskunft von Behörden und Gerichten	247
e) Muster: Auskunftersuchen an das Grundbuchamt	247
f) Erholung von Drittauskünften nach § 802l ZPO	247

Inhaltsverzeichnis

g) Beauftragung eines Sachverständigen	248
aa) Notwendigkeit und Umfang der Beauftragung	248
bb) Person des Sachverständigen	248
cc) Förmliche Beauftragung des Sachverständigen	249
dd) Muster: Beauftragung eines Sachverständigen	250
ee) Muster: Sachverständigengutachten	251
ff) Auswertung des Gutachtens	272
gg) Vergütung des Sachverständigen	272
VI. Die Schutzschrift im Insolvenzeröffnungsverfahren	272
1. Allgemeines	272
2. Schutzschrift des Schuldners gegen den Antrag eines Gläubigers	273
3. Schutzschrift der Gesellschafter gegen Anträge der Gesellschaft	274
4. Schutzschriften der Gläubiger gegen den Schuldner	274
Kapitel 6. Sicherungsmaßnahmen im Insolvenzeröffnungsverfahren	277
I. Vorbemerkungen	277
II. Grundnorm § 21 Abs. 1 InsO	277
1. Prüfung von Amts wegen	277
2. Anordnungsvoraussetzungen	277
3. Anordnung von Amts wegen	277
4. Sicherungszweck	278
5. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	278
6. Einzelne Sicherungsmaßnahmen	279
7. Rechtliches Gehör	280
8. Wirksamwerden der Sicherungsmaßnahmen	280
9. Rechtsbehelfe	281
10. Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen	281
a) Voraussetzungen	281
b) Verfahren	282
c) Muster: „Isolierte“ Aufhebung eines Verfügungsverbotes ..	284
III. Die vorläufige Insolvenzverwaltung	285
1. Bedeutung der vorläufigen Insolvenzverwaltung	285
2. Muster: Beschluss zur Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung ohne gesetzlichen Übergang der Verfügungsbefugnis	286
3. Verfahren zur Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung	287
a) Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	287
b) Sachliche Voraussetzungen einer vorläufigen Insolvenzverwaltung	287
c) Auswahl der Person des vorläufigen Insolvenzverwalters ..	287
d) Formeller Rahmen	290
4. Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	290
a) Allgemeines	290
b) Gesetzlicher Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis („starker vorläufiger Insolvenzverwalter“)	290
c) Gerichtliche Bestimmung des Pflichtenkreises („schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter“)	291
d) Beschränkte Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis („halbstarker vorläufiger Insolvenzverwalter“)	291

Inhaltsverzeichnis

e) Antrag auf vorläufige Eigenverwaltung/ Schutzschirmverfahren (vorläufiger Sachwalter)	292
f) Aufsicht des Insolvenzgerichtes	292
5. Vorläufige Insolvenzverwaltung mit Verfügungsbefugnis	292
a) Gesetzliche Kompetenzzuweisung gemäß § 22 Abs. 1 InsO	292
b) Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	293
c) Sicherungspflicht	294
d) Unternehmensfortführung	295
e) Gutachterauftrag	296
f) Rechnungslegung	297
g) Haftung	298
h) Vergütung	298
6. Vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Verfügungsverbot	299
a) Gerichtliche Kompetenzzuweisung gemäß § 22 Abs. 2 InsO	299
b) Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters ohne Verfügungsverbot	300
c) Aufgaben des vorläufigen Insolvenzverwalters ohne Verfügungsbefugnis	300
d) Begründung von Masseverbindlichkeiten	301
e) Haftung	302
f) Rechnungslegungspflicht, Vergütung	302
7. Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters im Sinne des § 22 Abs. 3 InsO	303
8. Übersicht: Rechte und Pflichten des vorläufigen Insolvenzverwalters	304
IV. Weitere Sicherungsmittel	305
1. Beschlagnahme und Siegelung	305
a) Muster: Beschluss zur Anordnung der Beschlagnahme	305
b) Verfahrensfragen	306
c) Muster: Siegelung der Insolvenzmasse durch den Gerichtsvollzieher	306
d) Entsiegelung	307
2. Postsperre	307
3. Muster: Postbuch	308
4. Muster: Anordnung der Postsperre/Aufhebung der Postsperre	308
a) Anordnung der Postsperre	308
b) Aufhebung der Postsperre	309
5. Haft und Vorführung	309
a) Vorführung	309
b) Haftbefehl	310
c) Voraussetzungen und Verfahren	310
d) Muster: Haftbefehl zwecks Sicherung der Insolvenzmasse	311
e) Aufhebung des Haftbefehls	311
6. Beschränkung der Zwangsvollstreckung	312
a) Gerichtliche Anordnung	312
b) Muster: Untersagung von Einzelzwangsvollstreckungsmaßnahmen	313
c) Betroffene Gläubiger	313
d) Wirkungen der Anordnung	315
aa) Betroffene Vollstreckungsmaßregeln	315
bb) Zukünftige Vollstreckungsmaßnahmen	316
cc) Kein Aufrechnungsverbot	316

Inhaltsverzeichnis

e) Rechtsmittel bei Verstoß gegen eine getroffene Anordnung	316
f) Verhältnis zum Verfügungsverbot	317
g) Einzelne Vollstreckungsmaßnahmen	317
aa) Zwangssicherungshypothek	317
bb) Vermögensauskunft	318
cc) Räumungsvollstreckung	318
dd) Abgabe von Willenserklärungen	318
Kapitel 7. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts	319
I. Allgemeines	319
II. Entscheidung über die Zulässigkeit	319
1. Bejahte Zulässigkeit	319
2. Verneinte Zulässigkeit	319
3. Muster: Zurückweisung eines Fremdantrags	320
III. Entscheidung über die Begründetheit	320
IV. Abweisung mangels Masse	320
1. Voraussetzungen	320
2. Abzudeckende Kosten	321
3. Vorhandenes Vermögen	321
4. Massekostenvorschuss	322
a) Vorschussanforderung	322
aa) Verfahren	322
bb) Höhe des Vorschusses	323
cc) Angesprochener Personenkreis	323
dd) Keine Nachforderungsmöglichkeit	323
b) Muster: Vorschussanforderung bei Fremdantrag	324
c) Behandlung eingegangener Vorschüsse	324
5. Rechtliches Gehör	324
6. Abweisungsbeschluss	325
a) Inhalt	325
b) Muster: Abweisungsbeschluss bei Fremdantrag und angeordnetem Verfügungsverbot	325
c) Bekanntmachung und Rechtsmittel	326
d) Mitteilungspflichten	327
7. Wirkungen der Abweisung mangels Masse	328
a) Beendigung des Verfahrens	328
b) Auflösung von Gesellschaften	328
c) Eintragung im Schuldnerverzeichnis	328
d) Verlust der Berufszulassung	329
e) Sonstige Wirkungen	329
aa) Erneuter Eröffnungsantrag	329
bb) Insolvenzgeld	329
V. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	329
1. Allgemeines	329
2. Eröffnungsbeschluss	330
a) Pflichtinhalt	330
b) Ergänzender Inhalt	332
c) Sonstiger Inhalt	332
aa) Postsperre	332
bb) Vorläufiger Gläubigerausschuss	333
cc) Ankündigung der Restschuldbefreiung	333
d) Muster: Eröffnungsbeschluss	333

Inhaltsverzeichnis

e) Muster: Bescheinigung nach § 56 Abs. 2 Satz 1 InsO	335
f) Muster: Beschluss nach § 8 Abs. 3 InsO für die Zustellung des Eröffnungsbeschlusses	335
g) Ausführung des Eröffnungsbeschlusses	336
aa) Ausführungsverfügung	336
bb) Zustellung des Beschlusses	336
cc) Veröffentlichung	336
h) Rechtsmittel	336
aa) Beschwerdeberechtigung	336
bb) Beschwerdegründe	337
cc) Beschwerdefrist	337
dd) Verfahren beim Insolvenzgericht	337
ee) Muster: Vorlage an das Beschwerdegericht	338
ff) Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses	338
gg) Muster: Verfügung des Insolvenzgerichts nach Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses durch das Beschwerdegericht	339
3. Eintragung der Verfahrenseröffnung im Grundbuch und in sonstigen öffentlichen Registern	340
a) Eintragungersuchen	340
b) Muster: Eintragungersuchen an das Grundbuchamt	340
4. Mitteilungspflichten	341

Teil 3.

Das eröffnete Insolvenzverfahren

Kapitel 1. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens	345
I. Das Insolvenzgericht	345
1. Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	345
2. Aufgaben des Insolvenzgerichts	345
a) Verfahrensführung und Verfahrensleitung	345
b) Überwachung und Aufsicht des Insolvenzverwalters	346
aa) Allgemeine Überwachungspflicht	346
bb) Androhung und Festsetzung von Zwangsgeld	348
cc) Muster: Schreiben des Gerichts zur Androhung von Zwangsmaßnahmen gegen den Insolvenzverwalter	349
dd) Muster: Beschluss über die Festsetzung von Zwangsgeld gegen den Insolvenzverwalter	350
ee) Entlassung aus dem Amt	351
ff) Muster: Beschluss über die Entlassung des Insolvenzverwalters	354
c) Ersuchen um Registereintragungen	355
d) Berufung und Leitung der Gläubigerversammlung	356
II. Der Insolvenzschuldner	356
1. Wirkungen der Insolvenzeröffnung gegen den Schuldner	356
a) Vermögensrechtliche Wirkungen	356
aa) Verfügungsentziehung nach § 80 InsO	356
bb) Unwirksamkeit von Verfügungen nach § 81 InsO	357
cc) Annahme geschuldeter Leistungen nach § 82 InsO	357
b) Sonstige Wirkungen der Insolvenzeröffnung	358
aa) Berufs- und standesrechtliche Folgen	358
bb) Familien- und nachlassrechtliche Folgen	358
cc) Gesellschaftsrechtliche Folgen	359

Inhaltsverzeichnis

dd) Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	359
2. Pflichten des Schuldners im Insolvenzverfahren	361
a) Allgemeine Auskunftspflicht	361
aa) Auskunftspflichtige Personen	361
bb) Inhalt und Umfang der Auskunftspflicht	362
b) Mitwirkungspflicht des Schuldners im Insolvenzverfahren ..	363
c) Präsenzplicht des Schuldners	363
3. Zwangsmaßnahmen gegen den Schuldner	363
a) Abnahme einer eidesstattlichen Versicherung	363
aa) Voraussetzungen für die Abnahme einer eidesstattlichen Versicherung	363
bb) Muster: Beschluss zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	364
cc) Muster: Ladung des Schuldners zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	365
dd) Muster: Protokoll zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	365
b) Anordnung der Haft des Schuldners	366
c) Die Einholung von Drittauskünften entsprechend § 802l ZPO	367
d) Postsperre nach § 99 InsO	367
aa) Voraussetzungen der Anordnung	367
bb) Erlass der Postsperre	368
cc) Muster: Beschluss über Anordnung der Postsperre ...	369
4. Rechte des Schuldners im Insolvenzverfahren	370
a) Allgemeine Rechte auf Verfahrensbeteiligung	370
b) Spezielle Rechte auf Verfahrensgestaltung	370
c) Anhörung des Schuldners vor gerichtlichen Entscheidungen	370
d) Einsichtsrechte des Schuldners	371
5. Unterhaltsgewährung an den Schuldner	371
a) Unterhalt an den Schuldner und seine Familie	371
b) Umfang der Unterhaltsgewährung	372
c) Unterhaltsgewährung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter während des Eröffnungsverfahrens	372
d) Vorläufige Unterhaltsgewährung durch den Insolvenzverwalter im eröffneten Insolvenzverfahren	372
e) Beschlussfassung der Gläubigerversammlung	373
III. Die Stellung der Gläubiger im Insolvenzverfahren	374
1. Verfahrensbezogene Rechtsstellung	374
2. Insolvenzgläubiger nach § 38 InsO	375
a) Persönlicher Vermögensanspruch	375
b) Begründung des Vermögensanspruches	376
c) Begründeter Vermögensanspruch zur Zeit der Eröffnung .	377
3. Nachrangige Insolvenzgläubiger	377
4. Besonderheit Bankeninsolvenz – Sonderregelung des § 46 f Abs. 4 KWG	378
5. Weitere Insolvenzgläubiger	378
a) Nachrückende Insolvenzgläubiger	378
b) Unterhaltsansprüche	378
c) Gesamtschuld	379
d) Wiederkehrende Leistungen	379

Inhaltsverzeichnis

6. Aus- und absonderungsberechtigte Gläubiger	379
a) Aussonderungsberechtigte Gläubiger	379
b) Absonderungsberechtigte Gläubiger	380
7. Massegläubiger im Insolvenzverfahren	380
a) Rechtliche Stellung	380
b) Die Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 54 InsO	381
aa) Die gerichtlichen Kosten des Insolvenzverfahrens	381
bb) Vergütungen im Insolvenzverfahren	381
8. Sonstige Masseverbindlichkeiten, § 55 InsO	384
a) Masseverbindlichkeiten durch Handlungen des Insolvenzverwalters	385
b) Masseverbindlichkeiten durch Verwaltung, Verwertung und Verteilung der Insolvenzmasse	387
c) Masseverbindlichkeiten durch Unterlassung	387
d) Masseverbindlichkeiten und Altlasten	387
e) Gefährdungshaftungstatbestände	389
f) Öffentliche Lasten	389
g) Steuern	389
h) Masseverbindlichkeiten aus gegenseitigen Verträgen	392
i) Masseverbindlichkeiten gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 3 InsO aus ungerechtfertigter Bereicherung	392
j) Sonstige Masseverbindlichkeiten im Sinne § 55 Abs. 2 InsO und Masseverbindlichkeiten aus einem Steuerschuldverhältnis im Sinne des § 55 Abs. 4 InsO	392
k) Weitere Masseverbindlichkeiten	393
aa) Sozialplanansprüche	393
bb) Ansprüche wegen Aus- und Absonderungen	394
cc) Kostenerstattungsansprüche	394
dd) Nachlassinsolvenz	394
ee) Schuldnerunterhalt	394
l) Bezahlung aus der Insolvenzmasse	394
aa) Berichtigung der Masseverbindlichkeiten im Falle der Masseunzulänglichkeit	395
bb) Vollstreckungsverbot nach § 90 InsO	395
m) Irrtümliche Anmeldung einer Masseforderung zur Insolvenztabelle	395
n) Rechtsbeziehungen der Massegläubiger zum Schuldner	395
o) Haftung des Verwalters	395
9. Übersicht: Beteiligtenstellung der Gläubiger	396
10. Übersicht: Rechte der Gläubiger im Insolvenzverfahren	397
IV. Rechtsstellung, Befugnisse und Pflichten des Insolvenzverwalters	399
1. Stellung als zentrales Organ der Insolvenzverwaltung	399
a) Zentrale Stellung	399
b) Die Bestellung des Insolvenzverwalters	401
aa) Eignung/Geschäftskundigkeit	402
bb) Unabhängigkeit/Objektivität	403
cc) Übersicht: Bestellung des Insolvenzverwalters nach § 56 InsO	406
dd) Berufsgrundsätze der Insolvenzverwalter	408
ee) Besonderheiten der Eigenverwaltung	408
c) Rechtsverhältnis des Insolvenzverwalters zu den anderen Verfahrensbeteiligten	408
aa) Rechtsstellung	408

Inhaltsverzeichnis

bb) Rechtsverhältnis zum Insolvenzgericht	409
cc) Rechtsbeziehung zu einzelnen Gläubigern	411
dd) Rechtsverhältnis zur Gläubigerversammlung	412
ee) Rechtsverhältnis zum Gläubigerausschuss	414
ff) Rechtsverhältnis zum Schuldner	415
gg) Übersicht: Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichtes/Insolvenzverwalters	418
2. Verfahrensbezogene Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters	419
a) Allgemeines	419
b) Aufgaben und Befugnisse in der Zeit zwischen Eröffnung des Insolvenzverfahrens und dem ersten Berichtstermin ...	419
aa) Inbesitznahme und Verwaltung der Insolvenzmasse ..	419
bb) Erstellung einer Vermögensübersicht	420
cc) Erstellung eines Gläubigerverzeichnisses	420
dd) Führung der Insolvenztabelle	420
ee) Prüfung und Feststellung der Forderungen	421
ff) Information der Gläubiger	421
gg) Berichtspflicht gegenüber dem Insolvenzgericht	422
hh) Übersicht: Berichtswesen im Insolvenzverfahren	423
ii) Muster: Zwischenbericht an das Insolvenzgericht	424
jj) Muster: Zwischenrechnung	425
kk) Berichtspflicht gegenüber der Gläubigerversammlung	427
ll) Muster: Bericht des Insolvenzverwalters nach § 156 InsO	428
mm) Berichtspflicht gegenüber dem Gläubigerausschuss ..	430
nn) Berichtspflicht gegenüber einzelnen Gläubigern	430
oo) Übersicht: Berichtspflichten	431
c) Fortführung/Schließung/Veräußerung des Unternehmens	431
d) Prüfung schwebender Rechtsgeschäfte	432
aa) Wahlrecht nach § 103 InsO	432
bb) Ausübung des Wahlrechtes	435
cc) Aufforderung zur Ausübung des Wahlrechtes	435
dd) Einschränkungen des Wahlrechtes	436
ee) Erfüllungswahl bei teilbaren Leistungen	436
ff) Fortbestehen weiterer Schuldverhältnisse	438
gg) Mietverträge	438
e) Materiell-rechtliche Pflichten aus der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	438
aa) Verwertung der Insolvenzmasse	438
bb) praxisübliche Unternehmensverkäufe in der Insolvenz	440
cc) Verwertung von Absonderungsgut	442
dd) Aussonderungsgut	445
ee) Einzug von Forderungen	445
ff) Verfolgung von Ansprüchen gegen Geschäftsführer/ Aufsichtsräte/Gesellschafter	446
gg) Veräußerung des Firmennamens oder der Marke	446
hh) Aus- und Räumungsverkauf	446
ii) Geschäftsbücher und Kundendaten	447
jj) Verteilung des Verwertungserlöses	448
kk) Einzug von Lastschriften	448
ll) Pflichten bei Masseunzulänglichkeit	448

Inhaltsverzeichnis

mm) Muster: Anzeige der Masseunzulänglichkeit	448
nn) Schlussrechnung	449
f) Neue Geschäfte für und gegen die Insolvenzmasse	450
aa) Abschluss neuer Rechtsgeschäfte	450
bb) Erfüllungswahl gemäß §§ 103 ff. InsO	450
cc) Oktroyierte Masseverbindlichkeiten	450
dd) Persönliche Haftung	451
ee) Irreführende Werbung	452
g) Arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Pflichten des Insolvenzverwalters	452
h) Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten ..	453
i) Handels- und steuerrechtliche Pflichten	454
aa) Handelsrechtliche Buchführung und Bilanzierungspflichten des Insolvenzverwalters	455
bb) Muster: Beispiel einer Aufteilung eines Kassenbuches ..	456
cc) Muster: Buchung nach Kontenblättern	456
dd) Muster: Beispiel einer Kontenrechnung	457
ee) Die steuerlichen Pflichten des Insolvenzverwalters ...	458
j) Umwelthaftung des Insolvenzverwalters	459
3. Haftung und Versicherung des Insolvenzverwalters	460
a) Grundtatbestand der Haftung	460
b) Haftung für Masseverbindlichkeiten	461
c) Haftpflichtversicherung des Insolvenzverwalters	461
d) Vergütung des Insolvenzverwalters	461
4. Aufnahme von anhängigen Prozessen durch den Insolvenzverwalter	462
a) Allgemeines	462
b) Allgemeine Folgen der Unterbrechung	462
aa) Unterbrechungswirkung	462
bb) Schuldenmassestreit	463
cc) Verteidigungsprozesse	463
dd) Aufnahmeverfahren	463
ee) Muster: Erklärung der Prozessaufnahme	463
5. Der Insolvenzverwalter als Mediator	463
a) Begriff der Mediation	463
b) Vorschriften, die eine mediative Tätigkeit des Insolvenzverwalters unterstützen	464
aa) Verfahrensleitung durch das Insolvenzgericht	464
bb) Umfassende Information	464
cc) Einberufung der Gläubigerversammlungen durch das Insolvenzgericht	464
dd) Vollstreckungsverbote	465
ee) Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Schuldners ..	465
ff) Sachkompetenz des Insolvenzverwalters	465
gg) Berichtspflichten und Zustimmungsvorbehalte	465
hh) Insolvenzplanverfahren	465
c) Zusammenfassung	466
6. Übersicht: Formelle Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters	466
7. Übersicht: Materielle Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters	469
8. Sachwalter in der Eigenverwaltung	471

Inhaltsverzeichnis

9. Der Treuhänder im Restschuldbefreiungsverfahren und im früheren Verbraucherinsolvenzverfahren	473
10. Der Sonderinsolvenzverwalter	474
a) allgemeine Rechtsgrundlage	474
b) § 56b InsO – Sonderinsolvenzverwalter zur Ausräumung von Interessenskollisionen in der Gruppeninsolvenz	475
c) Rechtsstellung des Sonderinsolvenzverwalters	476
VI. Der Gläubigerausschuss	478
1. Allgemeines	478
2. Arten von Gläubigerausschüssen im Eröffnungsverfahren	478
a) Vorläufiger Gläubigerausschuss gem. § 21 Abs. 2 Nr. 1a i. V. m. § 22a Abs. 1 InsO (Pflichtausschuss)	479
b) Vorläufiger Gläubigerausschuss gem. § 21 Abs. 2 Nr. 1a i. V. m. § 22a InsO (Antragsausschuss)	480
c) Vorläufiger Gläubigerausschuss gem. § 21 Abs. 2 Nr. 1a InsO (amtswegiger Ausschuss)	481
3. Gläubigerausschuss im eröffneten Insolvenzverfahren	482
a) Interimsausschuss gem. § 67 InsO	482
b) Bestätigung des Interimsausschusses/Einsetzung des endgültigen Gläubigerausschusses durch die Gläubigerversammlung (§ 68 InsO)	484
4. Gruppen-Gläubigerausschuss gem. § 269c InsO	484
5. Grundsätze der Amtsausübung	485
a) Allgemeines	485
b) Beginn der Tätigkeit	485
c) Ende der Tätigkeit	485
d) Anzahl der Mitglieder/Repräsentationsschema	486
aa) Allgemeines	486
bb) Repräsentationsschema	486
e) Höchstpersönlichkeit Vertretung, Delegation	489
f) Geschäftsordnung	490
g) Muster: Geschäftsordnung des Gläubigerausschusses	492
h) Muster: Merkblatt für die Mitglieder des Gläubigerausschusses	495
i) Beschlussfassung	498
j) Protokollführung	499
k) Muster: Tagesordnung einer Gläubigerausschusssitzung	500
l) Individual- und Kollegialpflichten	501
m) Neutralität und Verschwiegenheit	502
n) Entlassung der Gläubigerausschussmitglieder gem. § 70 InsO	503
aa) Wichtiger Grund gem. § 70 Satz 1 InsO	503
bb) Entlassung von Amts wegen	504
cc) Entlassungsantrag der Gläubigerversammlung	504
dd) Eigenantrag auf Entlassung	504
ee) Kein Antragsrecht Dritter	505
ff) Anhörung	505
gg) Entscheidung durch Beschluss	505
o) Haftung und Vermögensschadenhaftpflichtversicherung	505
6. Rechte, Pflichten und Aufgaben der Mitglieder des (vorläufigen) Gläubigerausschusses	507
a) Allgemeines	507

Inhaltsverzeichnis

b) Beteiligung bei der Bestellung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters gem. § 56a InsO	508
c) Abwahl des vorläufigen Insolvenzverwalters gem. § 56a Abs. 3 InsO	510
d) Unterstützung und Überwachung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters (§ 69 InsO)	511
aa) Allgemeines	511
bb) Schweigepflicht der Gläubigerausschussmitglieder ...	513
cc) Informationsanspruch gem. §§ 97 ff. InsO	513
dd) Hinterlegung von Geldern, Verteilung/ Kassenprüfung	513
e) Zustimmungsvorbehalte	514
f) Rechte und Pflichten bei Eigenverwaltung gem. §§ 270 ff. InsO	516
aa) Vorschlags- und Abwahlrecht gem. §§ 56, 56a Abs. 2 InsO	516
bb) Anhörungsrecht gem. § 270b Abs. 3 InsO	516
cc) Aufhebung Schutzschirmverfahren gem. § 270b InsO	516
dd) Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte	517
g) Beteiligung des Gläubigerausschusses im Insolvenzplanverfahren	517
h) Aufsicht des Insolvenzgerichtes	517
i) Unabhängigkeit von Gläubigerversammlung	519
j) Rechtsverhältnis zu den einzelnen Gläubigern und zum Insolvenzschuldner	520
7. Vergütung und Auslagen der Gläubigerausschussmitglieder ...	521
a) Allgemeines	521
VII. Gläubigerversammlung	523
1. Grundlagen	523
a) Einflussmöglichkeiten der Gläubiger	523
b) Begriff	523
c) Teilnahmebefugnis	523
2. Aufgaben und Rechte	524
3. Einberufung von Amts wegen	526
4. Einberufung auf Antrag	527
a) Antragsrecht	527
b) Antragsinhalt	528
c) Entscheidung	528
5. Modalitäten der Einberufung	528
a) Terminbestimmung	528
b) Auswahl des Versammlungsortes	529
aa) Voraussichtlicher Platzbedarf	529
bb) Muster: Bestimmung eines Termins zur Gläubigerversammlung	530
6. Terminsablauf	530
a) Verhandlungsführung	530
b) Muster: Protokoll eines Berichtstermins	531
7. Beschlussfassung	532
a) Beschlussfähigkeit	532
b) Abstimmungsberechtigung	533
c) Abstimmungsmodalitäten	534
d) Berechnung der Mehrheitsverhältnisse	534

Inhaltsverzeichnis

8. Beschlusswirkung	534
a) Gerichtliche Bestätigung von Beschlüssen	534
b) Bestandskraft und Verbindlichkeit der Beschlüsse	535
9. Aufhebung eines Beschlusses	536
a) Aufhebungsantrag	536
b) Aufhebungsgründe	536
10. Stimmrechtsentscheidung des Gerichts	537
a) Erfordernis einer Stimmrechtsentscheidung	537
b) Entscheidungskriterien	537
c) Wirkungen der Stimmrechtsentscheidung	538
d) Rechtsmittel gegen Stimmrechtsentscheidungen	539
Kapitel 2. Die Insolvenzmasse	541
I. Begriff der Insolvenzmasse	541
II. Inbesitznahme durch den Verwalter	541
III. Umfang der Insolvenzmasse	542
1. Massebestandteile	542
2. Einzelbeispiele für Massebestandteile	542
3. Insolvenzfrees Vermögen	544
a) Grundsatz	544
b) Arbeitseinkommen und gleichgestellte Bezüge	545
c) Muster: Beschlussfassung zur Außerachtlassung von Unterhaltsberechtigten (§ 36 Abs. 1 Satz 2, Abs. 4 InsO i. V. mit § 850c Abs. 6 ZPO)	545
d) Altersvorsorgevermögen	546
e) P-Konto	546
f) Muster: Anordnung zur Freigabe des massefreien Guthabens auf einem P-Konto	547
4. Streit über Massezugehörigkeit	548
5. Freigabe	548
a) Freigabeerklärung	548
b) Wirkung der Freigabe	550
c) Freigabe einer selbstständigen Tätigkeit	550
IV. Sicherung und Bewertung der Insolvenzmasse	551
1. Sicherung der Insolvenzmasse	551
a) Muster: Siegelung der Insolvenzmasse	552
b) Entsigelung	552
c) Muster: Entsigelung	553
2. Verwahrung von Wertgegenständen	553
3. Verzeichnis der Masse	553
a) Inventarisierung	553
b) Inventar und Bilanz	554
c) Bewertung	555
d) Mustergliederung eines Verzeichnisses	555
e) Niederschrift	556
f) Muster: Niederschrift durch einen Gerichtsvollzieher	556
g) Bewertung von Gegenständen, Inventarisierung und Bewertung	557
aa) Muster: Inventarisierung durch einen Sachverständigen	557
bb) Muster: Bewertungsschema eines Sachverständigen ..	558
h) Eidesstattliche Versicherung	565

Inhaltsverzeichnis

i) Muster: Antrag auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung	565
j) Verzicht auf Inventarisierung	566
k) Fortführung des Masseverzeichnisses	566
4. Gläubigerverzeichnis	566
V. Einbeziehung von Gläubigerversammlung und Insolvenzgericht ..	567
1. Bericht des Insolvenzverwalters	567
a) Mustergliederung eines Berichtes nach § 156 InsO	567
b) Vollständigkeitserklärung	567
c) Muster: Vollständigkeitserklärung des Schuldners	568
2. Fortführung des Geschäftsbetriebes	568
a) Entscheidung über die Fortführung	568
b) Haftungsgefahren bei Unternehmensfortführungen	569
3. Verwertung der Insolvenzmasse	569
4. Übersicht: Ablauf des Insolvenzverfahrens	570
Kapitel 3. Die Insolvenzanfechtung	571
I. Grundtatbestand	571
1. Sinn und Zweck der Anfechtung	571
2. Rechtsnatur des Anfechtungsanspruchs	571
a) Haftungsrechtlicher Ansatz	571
b) Entstehen	572
c) Erlöschen	573
d) Abtretung	573
3. Gegenstand der Anfechtung	574
4. Prüfungspflicht des Insolvenzverwalters	574
5. Rückgewähr und Erlöschen der Anfechtung	575
6. Haupttatbestände der Anfechtung	575
II. Tatbestände der Insolvenzanfechtung	576
1. Systematik	576
2. Rechtshandlung	576
a) Begriff	576
b) Maßgeblicher Zeitpunkt	577
3. Handelnder der Rechtshandlung	577
4. Mittelbare Zuwendungen	579
III. Gläubigerbenachteiligung	580
1. Objektive Gläubigerbenachteiligung	580
2. Wirtschaftliche Bewertung	581
3. Sanierungsversuche	582
4. Einzelfälle	583
a) Gläubigerbenachteiligend	583
b) Nicht gläubigerbenachteiligend	584
c) Darlegungs- und Beweislast	584
IV. Unmittelbare und mittelbare Gläubigerbenachteiligung	585
1. Unmittelbare Benachteiligung	585
2. Mittelbare Benachteiligung	585
3. Keine Saldierung von Vor- und Nachteilen	586
V. Bargeschäft	586
1. Inhalt	586
2. Bedeutung	589
3. Verrechnungen eines Kreditinstitutes	589
VI. Teilanfechtung	590
VII. Anfechtungsgegner	590

Inhaltsverzeichnis

VIII. Rechtsfolgen, Verzinsung des Anfechtungsanspruchs	591
IX. Rechtsweg	591
X. Die besondere Insolvenzanfechtung	592
1. Allgemeines	592
2. Anfechtbarkeit eines kongruenten Deckungsgeschäftes gemäß § 130 InsO	592
a) Tatbestand	592
b) Subjektive Tatbestandsvoraussetzungen	594
c) Dreimonatsfrist	594
3. Inkongruente Deckung, § 131 InsO	594
a) Tatbestand	594
b) Inkongruente Erfüllung	595
c) Inkongruenter Umfang der Leistung	595
d) Vorgezogene Befriedigung/Besicherung	596
e) Inkongruente Sicherungen	596
f) Unanfechtbare Sicherheitenbestellung	598
g) Anfechtungszeiträume	598
4. Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen	599
a) Tatbestand	599
b) Art der Benachteiligung	600
XI. Die Vorsatzanfechtung	600
1. Allgemeines	600
2. Allgemeine vorsätzliche Benachteiligung	601
3. Vorsatz des Schuldners	602
4. Anfechtung entgeltlicher Verträge mit nahestehenden Personen	605
XII. Schenkungsanfechtung	605
1. Unentgeltlichkeit	605
2. Maßgeblicher Zeitraum	607
XIII. Kapitalerhaltende Anfechtung	607
1. Anfechtung gegenüber Gesellschaftern, § 135 InsO	607
a) Subjektiver Anwendungsbereich/Gesellschafter	608
b) Erfasste Leistungen	609
c) Anfechtungszeitraum/Beweislast	610
2. Einlagen des stillen Gesellschafters	610
3. Übersicht: Anfechtungstatbestände	611
4. Übersicht: Prüfungsreihenfolge zur Anfechtung	612
5. Übersicht: Checkliste Anfechtung	613
XIV. Verjährung des Anfechtungsanspruches	616
Kapitel 4. Aussonderung und Absonderung	617
I. Aussonderung	617
1. Allgemeines	617
2. Aussonderungsberechtigte und Aussonderungsgegenstände	617
a) Eigentum	617
b) Treuhandverhältnisse	618
c) Sonstige Rechtsverhältnisse	618
3. Ersatzaussonderung	619
II. Absonderung	620
1. Allgemeines	620
2. Abgesonderte Befriedigung aus unbeweglichen Gegenständen	621
a) Betroffene Gegenstände	621
b) Absonderungsrechte	621

Inhaltsverzeichnis

c) Verwertungsmodalitäten	621
aa) Verwertung auf Veranlassung des Gläubigers	621
bb) Muster: Einstellungsantrag des Insolvenzverwalters nach § 30d ZVG	622
cc) Verwertung durch den Insolvenzverwalter	623
dd) Muster: Versteigerungsantrag des Insolvenzverwalters	625
3. Abgesonderte Befriedigung aus beweglichen Sachen und Rechten	625
a) Absonderungsrechte	625
b) Verwertungsrecht des Verwalters	626
c) Verwertung durch den Gläubiger	627
d) Muster: Verwertungsanordnung des Gerichts	627
4. Ersatzabsonderung	628
Kapitel 5. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen zum Verfahren	629
I. Wirkungen der Anmeldung	629
1. Anmeldepflicht und Teilnahme am Insolvenzverfahren	629
2. Wirkungen der Anmeldung	629
II. Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen	630
1. Anmeldung nicht nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 38 InsO	630
a) Anmeldefähigkeit	630
b) Gläubigermehrheit an einer Forderung	631
c) Gesamtschuldnerische Haftung des Schuldners	631
d) Ausfallhaftung bei Doppelinsolvenz	632
e) Anmeldefähigkeit betagter Forderungen	632
f) Anmeldefähigkeit bedingter Forderungen	633
g) Anmeldung nicht auf Geldzahlung gerichteter Forderungen	634
h) Anmeldung von Fremdwährungsforderungen	634
i) Anmeldung öffentlich-rechtlicher Forderungen	634
j) Anmeldung sogenannter Poolforderungen	636
2. Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen	636
3. Keine Anmeldefähigkeit von Masseansprüchen	636
III. Das Verfahren der Forderungsanmeldung	637
1. Die Anmeldefrist des § 28 Abs. 1 InsO	637
2. Die Form der Anmeldung	638
a) Erfordernis der Schriftform	638
b) Muster: Formblatt zur Forderungsanmeldung	639
c) Muster: Merkblatt für Insolvenzgläubiger	641
3. Adressat der Anmeldung	642
4. Inhalt und Nachweise zur Forderungsanmeldung	643
a) Hauptsache, Zinsen und Kosten der Insolvenzforderung ..	643
b) Angabe des Forderungsgrundes	643
c) Geltendmachung von Absonderungsrechten	644
d) Anmeldung einer Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung	644
e) Beifügung von Nachweisen zur Forderungsanmeldung ..	646
IV. Die Behandlung der Forderungsanmeldungen	646
1. Vorprüfung der Forderungsanmeldung	646
a) Offensichtliche Mängel	646
b) Muster: Beschluss zur Zurückweisung einer Forderungsanmeldung	647

Inhaltsverzeichnis

2. Anlegung der Insolvenztabelle nach § 175 Abs. 1 Satz 1 InsO	648
a) Allgemeine formale Anforderungen an die Insolvenztabelle	648
b) Muster: Merkblatt zur Anlegung der Insolvenztabelle	649
c) Muster: Insolvenztabellenblatt in Anlehnung an eine Konkurstabelle	651
3. Niederlegung der Anmeldungen und der Insolvenztabelle nach § 175 Abs. 1 Satz 2 InsO	652
4. Hinweis an den Schuldner nach § 175 Abs. 2 InsO	653
a) Hinweispflicht des Gerichts an den Schuldner	653
b) Muster: Hinweise an den Schuldner nach § 175 Abs. 2 InsO	654
5. Rücknahme der Forderungsanmeldung	655
V. Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen	655
1. Besondere Aufforderung zur Forderungsanmeldung nach § 174 Abs. 3 InsO	655
a) Praktische Relevanz der Anmeldung nachrangiger Forderungen	655
b) Aufforderung zur Forderungsanmeldung nach § 174 Abs. 3 InsO	655
c) Muster: Beschluss zur Forderungsanmeldung nachrangiger Forderungen	656
2. Besonderheiten bei der Anmeldung und der Forderungsprüfung	657
Kapitel 6. Forderungsprüfung	658
I. Grundlagen	658
II. Allgemeiner Prüfungstermin	658
1. Terminierung	658
2. Zu prüfende Forderungen	659
III. Besonderer Prüfungstermin	659
1. Erfordernis eines besonderen Prüfungstermins	659
2. Bestimmung von Amts wegen	660
a) Voraussetzungen	660
b) Muster: Bestimmung eines besonderen Prüfungstermins	661
3. Verbindung mit dem Schlusstermin	661
4. Forderungsfeststellung im Schlusstermin	662
5. Besonderer Prüfungstermin für nachrangige Forderungen	662
IV. Schriftliche Forderungsprüfung	662
1. Voraussetzungen	662
2. Muster: Anordnung einer Forderungsprüfung im schriftlichen Verfahren	663
V. Das Verfahren der Forderungsprüfung	664
1. Prüfungstermin als Gläubigerversammlung	664
2. Muster: Niederschrift über einen besonderen Prüfungstermin samt Ausführungsverfügung	665
3. Ablauf des Prüfungstermins	666
a) Einzelerörterung	666
b) Erhebung von Widersprüchen	666
aa) Begriff	666
bb) Berechtigung	666
cc) Widerspruchserklärung	667
dd) Inhalt des Widerspruchs	668
c) Erfordernis eines Sonderinsolvenzverwalters	668

Inhaltsverzeichnis

4. Eintragung des Prüfungsergebnisses in der Tabelle	669
a) Inhalt der Eintragung	669
b) Wirkung der Eintragung	669
c) Berichtigung der Tabelleneintragung	670
d) Muster: Tabellenberichtigung	671
e) Führung der Insolvenztabelle in elektronischer Form	671
5. Mitteilung des Prüfungsergebnisses	671
a) Beschränkung auf bestrittene Forderungen	671
b) Muster: Hinweise für Gläubiger bestrittener Forderungen ..	672
6. Feststellungsvermerk	672
7. Nachträgliche Widerspruchsbesichtigung	673
a) Widerspruchsrücknahme	673
b) Feststellungsklage	673
c) Titulierte Forderungen	674
d) Tabelleneintrag	675
e) Muster: Berichtende Tabelleneinträge	675
8. Rücknahme der Forderungsanmeldung	676
VI. Besonderheiten beim Widerspruch des Schuldners	676
1. Widerspruch gegen die Forderung selbst	676
a) Bedeutung des Bestreitens des Schuldners	676
b) Verfolgung des Widerspruchs gegen den Schuldner	677
c) Muster: Mitteilung an den Schuldner nach § 184 Abs. 2 InsO	678
d) Berichtigung der Insolvenztabelle	678
2. Widerspruch gegen die Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung	679
Kapitel 7. Verfahrensbeendigung	681
I. Allgemeines	681
II. Abschlagsverteilung	681
1. Begriff	681
2. Verzeichnis	682
a) Bedeutung	682
b) Aufzunehmende Insolvenzgläubiger	682
c) Nicht aufzunehmende Forderungen	683
d) Prüfung durch das Gericht	683
e) Erhebung von Einwendungen	683
3. Veröffentlichung	684
a) Voraussetzung und Wirkung	684
b) Muster: Veröffentlichung der Abschlagsverteilung	685
4. Durchführung der Abschlagsverteilung	685
III. Die Schlussverteilung	686
1. Die allgemeinen Voraussetzungen der Schlussverteilung	686
a) Verwertung der Insolvenzmasse	686
b) Beteiligung des Gläubigerausschusses und des Insolvenzgerichts	686
2. Vorlage von Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis	687
a) Die allgemeine Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters	687
b) Form und Inhalt der Schlussrechnung und des Schlussberichts	688
c) Prüfungspflicht des Gläubigerausschusses	690

Inhaltsverzeichnis

d) Vorlage des Schlussverzeichnisses	691
e) Muster: Schlussbericht, Schlussrechnung und Schlussverzeichnis des Insolvenzverwalters	693
f) Prüfungsrecht und Prüfungspflicht des Insolvenzgerichts ..	712
aa) Umfang der gerichtlichen Prüfung	712
bb) Muster: Checkliste zur Prüfung der Schlussrechnung und des Schlussberichts	713
cc) Beauftragung eines Sachverständigen	714
dd) Muster: Beschluss zur Beauftragung eines Sachverständigen	718
g) Genehmigung der Schlussverteilung und Anberaumung des Schlusstermins	718
h) Muster: Prüfungsvermerk des Insolvenzgerichts	719
i) Muster: Genehmigung der Schlussverteilung und Anberaumung des Schlusstermins	720
j) Öffentliche Bekanntmachung der Schlussverteilung	720
aa) Bekanntmachung durch das Insolvenzgericht	720
bb) Muster: Öffentliche Bekanntmachung der Schlussverteilung und des Schlusstermins	721
3. Die Abhaltung des Schlusstermins	721
a) Notwendigkeit eines Schlusstermins in den einzelnen Verfahrensarten	721
b) Einberufung durch das Insolvenzgericht	721
c) Tagesordnungspunkte des Schlusstermins	722
aa) Erörterung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters	722
bb) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis	723
cc) Beschlussfassung über nicht verwertbare Gegenstände	723
dd) Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen	724
ee) Anhörung zur Vergütung des Insolvenzverwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses	724
d) Muster: Protokoll eines Schlusstermins	724
4. Vornahme der Schlussverteilung	726
a) Vornahme durch den Insolvenzverwalter	726
b) Hinterlegung von Anteilen	726
c) Prüfung der Verteilung durch das Insolvenzgericht	728
d) Muster: Verteilungsbericht und Verteilungsrechnung des Insolvenzverwalters	728
5. Aufhebung des Insolvenzverfahrens	733
a) Zeitpunkt der Aufhebung	733
b) Beschlussfassung des Gerichts und öffentliche Bekanntmachung	733
c) Rückgabe und Aufbewahrung der Geschäftsbücher des Schuldners	733
d) Muster: Beschluss über Aufhebung des Insolvenzverfahrens mit Ausführungsverfügung	734
IV. Die Nachtragsverteilung	735
1. Die Voraussetzungen der Nachtragsverteilung	735
a) Zeitpunkt der Anordnung der Nachtragsverteilung	735
b) Voraussetzungen einer Nachtragsverteilung nach § 203 Abs. 1 InsO	735
aa) Freiwerden zurückbehaltener Anteile	735

Inhaltsverzeichnis

bb) Rückfluss gezahlter Beträge	735
cc) Ermittlung von Massegegenständen	735
2. Entscheidung über die Nachtragsverteilung	737
a) Entscheidung des Insolvenzgerichts	737
b) Absehen von der Anordnung nach § 203 Abs. 3 InsO	737
c) Muster: Beschluss über Anordnung der Nachtragsverteilung	737
3. Vollzug der Nachtragsverteilung	738
a) Vollzug durch den Insolvenzverwalter nach § 205 InsO ...	738
b) Rechnungslegung gegenüber dem Insolvenzgericht	738
Kapitel 8. Einstellung des Verfahrens	739
I. Allgemeines	739
II. Einstellung mangels Masse	739
1. Voraussetzungen	739
2. Verfahren	740
a) Anregung des Insolvenzverwalters	740
b) Behandlung der Massegläubiger	740
c) Muster: Ankündigung der Verfahrenseinstellung gegenüber den Massegläubigern	741
d) Einberufung einer Gläubigerversammlung	741
e) Muster: Terminbestimmung vor Verfahrenseinstellung mangels Masse	742
f) Muster: Niederschrift über die Gläubigerversammlung	743
g) Wirkungen des Einstellungsverfahrens	743
3. Einstellungsbeschluss	744
a) Voraussetzungen	744
b) Bekanntmachung und Rechtsmittel	744
c) Muster: Einstellungsbeschluss	745
4. Wirkungen der Einstellung mangels Masse	745
III. Einstellung auf Grund Masseunzulänglichkeit	746
1. Begriff der Masseunzulänglichkeit	746
2. Anzeige der Masseunzulänglichkeit	746
a) Prüfungspflicht des Verwalters	746
b) Muster: Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Verwalter	747
c) Rückkehr zum normalen Verfahren	747
3. Wirkungen der angezeigten Masseunzulänglichkeit	747
a) Bindungswirkung	747
b) Haftung des Verwalters	748
c) Rechte der Altmassegläubiger	748
d) Mehrfache Anzeige	749
e) Verjährung	750
4. Bekanntmachung der angezeigten Masseunzulänglichkeit	750
a) Bedeutung der Bekanntmachung	750
b) Muster: Veröffentlichung der Anzeige der Masseunzulänglichkeit	750
c) Muster: Zustellung der Masseunzulänglichkeitsanzeige an die Massegläubiger	751
5. Fortführung des Verfahrens	751
a) Aufgaben des Verwalters	751
b) Aufgaben des Gerichts	752

Inhaltsverzeichnis

6. Verfahrensabschluss	752
a) Schlussbericht und Verzeichnis	752
b) Vergütungsfestsetzung	753
c) Abschließende Gläubigerversammlung	753
d) Muster: Terminbestimmung zur abschließenden Gläubigerversammlung	753
e) Begleichung der Masseverbindlichkeiten	754
f) Einstellungsbeschluss	754
g) Muster: Einstellungsbeschluss bei Masseunzulänglichkeit ..	755
h) Rechte der Massegläubiger nach Verfahrenseinstellung ...	755
aa) Nachtragsverteilung	755
bb) Zahlungen in der Wohlverhaltensphase	756
cc) Inanspruchnahme des Schuldners	756
IV. Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrunds	757
1. Antrag des Schuldners	757
a) Antragsberechtigung	757
b) Antragsinhalt	757
2. Veröffentlichung des Antrags	758
3. Widerspruchsmöglichkeit	758
a) Widerspruchsfrist	758
b) Widerspruchsberechtigung	758
c) Widerspruchserhebung	758
4. Weiteres gerichtliches Verfahren	759
a) Anhörung der Beteiligten	759
b) Ermittlung von Amts wegen	759
c) Forderungsprüfung	759
d) Befriedigung der Masseansprüche	759
e) Festsetzung der Verwaltervergütung	759
f) Abschließende Gläubigerversammlung	760
5. Beschlussfassung	760
a) Ablehnung des Einstellungsantrags	760
b) Einstellungsbeschluss	760
c) Muster: Einstellungsbeschluss nach § 212 InsO	761
V. Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	761
1. Antrag des Schuldners	761
2. Zustimmung der Gläubiger	762
a) Einstellungsantrag nach Ablauf der Anmeldefrist	762
b) Einstellungsantrag vor Ablauf der Anmeldefrist	762
3. Gerichtliches Verfahren	763
a) Veröffentlichung des Einstellungsantrags	763
b) Entgegennahme von Widersprüchen	763
c) Anhörung	763
d) Abschließende Tätigkeiten des Verwalters	763
e) Abschließende Gläubigerversammlung	763
f) Einstellungsbeschluss	763
g) Muster: Einstellungsbeschluss gemäß § 213 InsO	764
Kapitel 9. Erteilung vollstreckbarer Tabellenauszüge	765
I. Vollstreckung nach Verfahrensbeendigung	765
II. Vereinfachter Titelerwerb	765
1. Antrag des Gläubigers	765
a) Zeitpunkt des Antrags	765
b) Antragsberechtigung	766

Inhaltsverzeichnis

c) Vorlage eines erworbenen Titels	766
d) Widerspruch des Schuldners	766
2. Gerichtliches Verfahren	767
a) Einfache Vollstreckungsklausel	767
b) Vermerk der Feststellung	767
c) Rechtsnachfolgeklausel	768
d) Ausfallforderungen	768
3. Nachweis der Deliktseigenschaft	768
III. Zwangsvollstreckung aus dem Insolvenzplan	769
1. Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner	769
2. Zwangsvollstreckung gegen Dritte	770

Teil 4.

Das Insolvenzplanverfahren und die Eigenverwaltung

Kapitel 1. Das Insolvenzplanverfahren	774
I. Einleitung	774
1. Grundlagen des Insolvenzplanverfahrens	774
2. Relevanz in der Praxis	776
II. Vorschriften zur Aufstellung und zum Inhalt des Insolvenzplanes ..	777
1. Grundsatz	777
2. Abweichung von den Regelungen der Insolvenzordnung	778
a) Disponible Vorschriften	778
b) Indisponible Vorschriften	780
3. Rechtscharakter des Insolvenzplanes	780
4. Initiativbefugnis des Schuldners	781
5. Vorlage des Insolvenzplanes durch den Insolvenzverwalter	781
III. Struktur und Inhalt des Insolvenzplanes	782
1. Darstellender Teil	782
2. Gestaltender Teil	783
3. Bildung von Gruppen	784
4. Mustergliederung eines Insolvenzplanes	786
IV. Vorprüfung des Insolvenzplanes und Stellungnahmen	787
1. Vorprüfung durch das Insolvenzgericht	787
a) Inhalt und Umfang der Vorprüfung	787
aa) Prüfung der Erfolgsaussichten	788
bb) Prüfung der vorgeschriebenen Beteiligung	788
cc) Gliederung des Insolvenzplanes	789
dd) Zusätzliche Prüfung beim Schuldnerplan	789
ee) Zurückweisung eines Planes	789
ff) Muster: Beschluss über die Zurückweisung eines Insolvenzplans	789
b) Aussetzung der Verwertung	790
2. Stellungnahmen zum Insolvenzplan	790
a) Anzuhörende Personen und Stellen	790
b) Muster: Anschreiben zur Stellungnahme zum Insolvenzplan, § 232 Abs. 1 InsO	791
c) Muster: Anschreiben zur Stellungnahme zum Insolvenzplan, § 232 Abs. 4 InsO	792
d) Muster: Terminbestimmung und Ladung zum Erörterungs- und Abstimmungstermin	792
V. Annahme und Bestätigung des Insolvenzplanes	793
1. Erörterungs- und Abstimmungstermin	793

Inhaltsverzeichnis

2. Abstimmung	794
3. Gesonderter Abstimmungstermin	795
4. Abstimmung über den Insolvenzplan	795
5. Erforderliche Mehrheiten	796
6. Ersetzungsbefugnis/Obstruktionsverbot	796
7. Verlauf des Verfahrens	798
a) Terminprotokoll und Entscheidung des Gerichts	798
b) Muster: Protokoll eines Erörterungs- und Abstimmungstermins	798
8. Zustimmung der nachrangigen Insolvenzgläubiger nach § 246 InsO	799
9. Zustimmung des Schuldners	800
10. Gerichtliche Bestätigung	800
a) Entscheidungsvoraussetzungen für das Gericht	800
b) Muster: Beschluss über die Bestätigung des Insolvenzplans	801
11. Minderheitenschutz	802
12. Rechtsmittel	803
a) Rechtsgrundlage	803
b) Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde	804
c) Wesentliche Schlechterstellung	804
d) Freigabeverfahren	805
VI. Wirkung des bestätigten Planes, Überwachung der Planerfüllung	805
1. Allgemeine Wirkungen	805
2. Wiederauflebensklausel	806
3. Befriedigung der Gläubiger aus Erträgen eines weitergeführten Unternehmens	806
4. Aufhebung des Insolvenzverfahrens	807
VII. Praktische Hinweise	807
1. Öffnungsklauseln	807
2. Salvatorische Klausel	808
3. Muster: Insolvenzplan	808
a) Darstellender und gestaltender Teil des Insolvenzplans	808
b) Muster: Vergleichsrechnung zur Gläubigerbefriedigung	820
4. Muster: Zusammenfassung des wesentlichen Inhaltes des Insolvenzplanes	821
Kapitel 2. Das Verfahren der Eigenverwaltung	822
I. Einleitung	822
1. Struktur der Eigenverwaltung	822
2. Die Anordnung der Eigenverwaltung	824
a) Antragstellung	824
b) Rücknahme des Antrags	824
c) Vorläufige Eigenverwaltung	825
d) Anordnungsgrund	825
aa) Eigenverwaltungsplanung	825
bb) Weitere Erklärungen des Schuldners	826
e) Anordnungsbeschluss	826
3. Anordnung der Eigenverwaltung auf Grund Beschlusses der Gläubigerversammlung	827
4. Aufhebung der Eigenverwaltung	827
II. Rechtsstellung des Schuldners im Verfahren der Eigenverwaltung	828
1. Allgemeines	828
2. Befugnisse und Pflichten des eigenverwaltenden Schuldners	828

Inhaltsverzeichnis

3. Mittel zur Lebensführung	829
4. Behandlung gegenseitiger Verträge	829
5. Insolvenzspezifische Aufgaben des Schuldners	830
6. Stellung des Sachwalters	830
7. Gläubigerautonomie in Eigenverwaltung	831
8. Befriedigung der Insolvenzgläubiger	831
9. Bedeutung der Eigenverwaltung in internationalen Fällen	832
10. Gruppenangehöriger Schuldner	832
11. Muster: Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung	832
12. Muster: Beschluss zur Anordnung der Eigenverwaltung	833
III. Die Eigenverwaltung im Eröffnungsverfahren (§§ 270b ff. InsO)	834
1. Sinn und Zweck der vorläufigen Eigenverwaltung	835
2. Antragstellung durch den Schuldner	835
3. Anordnungsgrund	836
4. Rechtsfolgen der Anordnung des Insolvenzgerichts	836
a) Keine Anordnung eines Verfügungsverbots	836
b) Bestellung eines vorläufigen Sachwalters	836
c) Kompetenzen des Schuldners	837
d) Sonstige Sicherungsmaßnahmen	838
e) Vorläufiger Gläubigerausschuss	838
5. Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung	838
6. Rücknahme des Eröffnungsantrags	839
7. Muster: Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung	839
IV. Das Schutzschirmverfahren (§ 270d InsO)	840
1. Sinn und Zweck des Schutzschirmverfahrens	841
2. Antragstellung durch den Schuldner	841
3. Angestrebte Sanierung des Schuldners	842
a) Erfolgsaussichten der Sanierung	842
b) Bescheinigung durch einen unabhängigen Gutachter	843
4. Rechtsfolgen der Anordnung des Insolvenzgerichts	843
a) Frist zur Vorlage eines Insolvenzplans	843
b) Bestellung eines vorläufigen Sachwalters	844
c) Anordnung vorläufiger Maßnahmen	844
d) Kompetenzen des Schuldners	845
5. Aufhebung des Schutzschirmverfahrens	845
a) Reguläre Beendigung	845
b) Vorzeitige Beendigung	845
6. Muster: Antrag auf Einleitung des Schutzschirmverfahrens	845
7. Muster: Anordnung des Schutzschirmverfahrens	846

Teil 5.

Das Verfahren zur Erteilung der Restschuldbefreiung

Kapitel 1. Grundlagen der Restschuldbefreiung	851
I. Rechtliche und Wirtschaftliche Ausgangssituation	851
1. Das freie Nachforderungsrecht der Gläubiger	851
2. Die wirtschaftliche Überschuldungssituation privater Haushalte	851
II. Grundüberlegungen zur Restschuldbefreiung	852
1. Der gesetzliche Standort der Restschuldbefreiung	852
a) Die Restschuldbefreiung in Folge des Insolvenzverfahrens .	852
aa) Die Restschuldbefreiung als Teil des Insolvenzrechts .	852

Inhaltsverzeichnis

bb) Die Verfassungsmäßigkeit der Restschuldbefreiung ..	852
b) Die Restschuldbefreiung im Rechtsvergleich	853
2. Die Reform des Restschuldbefreiungsverfahrens zum 1. Juli 2014	854
3. Die Reform des Restschuldbefreiungsverfahrens zum 1. Oktober 2020	856
Kapitel 2. Das Verfahren der Restschuldbefreiung	858
I. Überblick zum Verfahrensablauf	858
1. Die Mehrstufigkeit des Verfahrens	858
a) Grundüberlegungen zum Verfahren	858
b) Der Verfahrensablauf im Überblick	858
2. Die funktionelle Zuständigkeit im Restschuldbefreiungsverfahren	860
II. Allgemeine Zugangsvoraussetzungen	860
1. Der zur Restschuldbefreiung zugelassene Personenkreis	860
a) Der Schuldner als natürliche Person	860
b) Gesellschafter juristischer Personen und Personengesellschaften	861
c) Tod des Schuldners während des Verfahrens	861
2. Das Erfordernis eines Insolvenzverfahrens	862
a) Durchführung eines Regel- oder Verbraucherinsolvenzverfahrens	862
b) Durchführung des Insolvenzverfahrens	863
aa) Beendigung durch Schlussverteilung	863
bb) Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit	863
cc) Einstellung mangels Masse	863
dd) Sonstige Fälle der Einstellung des Insolvenzverfahrens	864
ee) Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach Bestätigung eines Insolvenzplans	864
III. Der Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung	864
1. Der Antrag des Schuldners als Verfahrenserfordernis	864
2. Zeitpunkt der Antragstellung	865
a) Antragstellung mit dem Insolvenzantrag	865
b) Hinweis des Gerichts auf Antragstellung	865
c) Muster: Hinweis des Gerichts nach § 20 Abs. 2 InsO	866
3. Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	867
a) Die Abtretungserklärung als Verfahrenserfordernis	867
b) Die materiellrechtlichen Wirkungen der Abtretung	868
c) Angabe früherer Abtretungen oder Verpfändungen	869
d) Dauer der Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	869
aa) Überblick	869
bb) Der Ablauf der Abtretungsfrist im laufenden Insolvenzverfahren	870
4. Vorschlag eines geeigneten Treuhänders	871
5. Muster: Antrag auf Restschuldbefreiung mit Abtretungserklärung	871
IV. Die Eingangsentscheidung zur Restschuldbefreiung	872
1. Systematische Einordnung der Entscheidung	872
2. Zulässigkeit und Begründetheit des Restschuldbefreiungsantrags	873
a) Überblick	873

Inhaltsverzeichnis

b) Allgemeine Zulässigkeit des Insolvenzantrags und des Restschuldbefreiungsantrags	873
c) Muster: Beschluss über Verwerfung eines Restschuldbefreiungsantrags	874
3. Die Sperrfristen nach § 287a Abs. 2 InsO	874
a) Überblick	874
b) Erteilung der Restschuldbefreiung innerhalb der letzten zehn Jahre	875
c) Versagung der Restschuldbefreiung innerhalb der letzten fünf Jahre	876
d) Versagung der Restschuldbefreiung innerhalb der letzten drei Jahre	877
e) Anheimstellung der Antragsrücknahme	877
aa) Gelegenheit zur Antragsrücknahme	877
bb) Muster: Anhörung des Schuldners bei Vorliegen eines Sperrgrundes	878
f) Übersicht	878
4. Zurückweisung des Antrags auf Restschuldbefreiung	879
a) Verfahrenshinweise	879
b) Muster: Beschluss zur Zurückweisung des Antrags auf Restschuldbefreiung	879
5. Zulassung des Schuldners zur Restschuldbefreiung	880
a) Verfahrenshinweise	880
b) Muster: Eingangsentscheidung nach § 287a Abs. 1 InsO ..	880
V. Die Entscheidung zur Restschuldbefreiung nach dem Schlusstermin	881
1. Entscheidung des Gerichts nach dem Schlusstermin	881
a) Bedeutung des Schlusstermins	881
b) Anhörung der Beteiligten	881
2. Antrag auf Versagung der Restschuldbefreiung	881
a) Antragsrecht eines Insolvenzgläubigers	881
b) Zeitpunkt der Antragstellung	882
3. Gründe einer Versagung der Restschuldbefreiung	884
a) Grundsätze zu den Versagungstatbeständen des § 290 InsO	884
b) Die Versagungstatbestände im Einzelnen	885
4. Glaubhaftmachung des Versagungsgrundes	890
5. Entscheidung des Gerichts	891
a) Antragszurückweisung oder Versagung der Restschuldbefreiung	891
b) Bestellung eines Treuhänders	892
c) Rechtsmittel und Bekanntgabe der Entscheidung	892
d) Muster: Beschluss über Zurückweisung eines Versagungsantrags	892
e) Muster: Beschluss über Versagung der Restschuldbefreiung	893
VI. Der Ablauf des Restschuldbefreiungsverfahrens	894
1. Die Aufgaben des Treuhänders	894
a) Einziehung des Arbeitseinkommens nach § 292 Abs. 1 InsO	894
b) Verteilung eingenommener Beträge an die Insolvenzgläubiger	895
c) Umfang der Abtretung nach § 850c ZPO und Anwendung des § 850 f ZPO	898

Inhaltsverzeichnis

aa) Umfang des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens des Schuldners	898
bb) Anwendung der Regelungen zum Schuldnerschutz nach §§ 850 ff. ZPO	898
cc) Zuständigkeit des Insolvenzgerichts und Verfahrensfragen	899
dd) Muster: Beschluss über Erhöhung des unpfändbaren Betrages	899
d) Überwachung des Schuldners nach § 292 Abs. 2 InsO	900
2. Die Rechtsstellung des Treuhänders	900
a) Bestellung durch das Insolvenzgericht	900
b) Rechnungslegungspflicht und Aufsicht des Gerichts	901
c) Die Vergütung des Treuhänders	901
3. Die Stellung der Insolvenzgläubiger	901
a) Allgemeine Rechtsstellung während des Abtretungszeitraums	901
b) Die Beschränkungen des § 294 InsO	901
4. Die Obliegenheiten des Schuldners nach § 295 InsO	903
a) Allgemeiner Regelungsgehalt der Norm	903
b) Verpflichtung zu angemessener Erwerbstätigkeit	903
aa) Die Erwerbsobliegenheit bei nichtselbstständiger Tätigkeit	903
bb) Die Abführungspflicht bei selbstständiger Tätigkeit ..	905
cc) Muster: Feststellung der Abführungspflicht des Schuldners nach § 295a Abs. 2 InsO	906
c) Verpflichtung zur Abgabe bestimmten Vermögenserwerbs	907
d) Meldepflichten gegenüber dem Treuhänder	909
e) Verbot von Sonderzahlungen an die Gläubiger	909
f) Verbot der Begründung unangemessener Verbindlichkeiten	909
5. Versagung der Restschuldbefreiung während des Abtretungszeitraums	910
a) Obliegenheitsverletzung des Schuldners nach § 296 InsO ..	910
aa) Antrag eines Insolvenzgläubigers	910
bb) Auskunftspflicht des Schuldners	910
cc) Entscheidung des Gerichts	911
dd) Muster: Anhörung und Belehrung des Schuldners nach § 296 Abs. 2 InsO	912
ee) Muster: Ladung des Schuldners zu besonderem Anhörungstermin	912
ff) Muster: Beschluss über Versagung der Restschuldbefreiung nach § 296 InsO	913
b) Insolvenzstraftat nach § 297 InsO	914
aa) Tatbestand des Versagungsgrundes	914
bb) Antrag eines Insolvenzgläubigers	914
cc) Entscheidung des Gerichts	914
c) Fehlende Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders nach § 298 InsO	915
aa) Tatbestand der Norm	915
bb) Entscheidung des Gerichts	915
cc) Muster: Anhörung des Schuldners durch das Gericht	916

Inhaltsverzeichnis

dd) Muster: Beschluss über Versagung der Restschuldbefreiung wegen nicht gedeckter Mindestvergütung	916
d) Allgemein Folgen der Versagung der Restschuldbefreiung ..	917
VII. Die Erteilung der Restschuldbefreiung	918
1. Überblick	918
2. Erteilung der Restschuldbefreiung nach Ablauf der Abtretungsfrist	919
a) Ablauf der Abtretungsfrist	919
b) Anhörung der Beteiligten	919
c) Entscheidung des Gerichts	920
d) Muster: Beschluss über Erteilung der Restschuldbefreiung	920
3. Erteilung der Restschuldbefreiung im noch laufenden Insolvenzverfahren	921
a) Voraussetzungen	921
b) Entscheidung	921
c) Wirkungen auf das noch laufende Insolvenzverfahren	921
4. Erteilung der Restschuldbefreiung bei Fehlen von Insolvenzgläubigern oder vollständiger Befriedigung	922
a) Tatbestände des § 300 Abs. 2 InsO	922
aa) Fehlende Forderungsanmeldung	922
bb) Vollständige Gläubigerbefriedigung	922
b) Verfahren der Erteilung	923
5. Erteilung der Restschuldbefreiung nach drei Jahren und 35 Prozent Gläubigerbefriedigung	923
a) Voraussetzungen des § 300 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 InsO in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juli 2013	923
b) Verfahren der Erteilung	924
c) Muster: Beschluss über den Antrag auf vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung mit gleichzeitiger Versagung	924
6. Erteilung der Restschuldbefreiung nach fünf Jahren und Deckung der Kosten	926
a) Voraussetzungen des § 300 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 InsO in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juli 2013	926
b) Verfahren der Erteilung	926
7. Wirkungen der Restschuldbefreiung	926
a) Umwandlung der Insolvenzforderungen	926
b) Bestehenbleiben dinglicher Rechts	927
c) Rechte gegenüber Mitschuldern und Bürgen	927
d) Von der Restschuldbefreiung nach § 302 InsO ausgenommene Forderungen	927
8. Widerruf der Restschuldbefreiung nach § 303 InsO	929
a) Voraussetzungen des Widerrufs	929
b) Entscheidung des Gerichts	929

Teil 6.

Verbraucherinsolvenz

Kapitel 1. Grundlagen des Verbraucherinsolvenzverfahrens	932
I. Abgrenzung zum Regelinsolvenzverfahren	932
1. Voraussetzung für die Restschuldbefreiung	932
2. Verfahrensgrundsätze	932

Inhaltsverzeichnis

II. Einbezogener Personenkreis	933
III. Übersicht: Verfahrensablauf	934
Kapitel 2. Eröffnungsantrag	935
I. Eröffnungsantrag des Schuldners	935
1. Antragsinhalt	935
a) Bestimmung der Verfahrensart	935
b) Formularangaben	935
c) Antrag auf Kostenstundung	935
2. Beizufügende Nachweise und Unterlagen	936
a) Bescheinigung über die außergerichtliche Schuldenregulierung	936
b) Erklärung zur Restschuldbefreiung	937
c) Verzeichnisse und Vermögensübersicht	937
d) Schuldenbereinigungsplan	937
e) Forumularzwang	939
f) Vertretung des Schuldners	939
3. Antragsmängel	939
a) Rücknahmefiktion	939
b) Muster: Gerichtliche Aufforderung zur Mängelbeseitigung	940
c) Muster: Gerichtliche Feststellung der Antragsrücknahme	941
II. Eröffnungsantrag eines Gläubigers	941
1. Antragsinhalt	941
2. Nachträglicher Eigenantrag	941
a) Belehrung des Schuldners	941
b) Antragsinhalt	942
c) Folgen eines nachgereichten Eigenantrags	942
Kapitel 3. Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	943
I. Voraussetzungen	943
1. Ermessensentscheidung des Insolvenzgerichts	943
2. Muster: Anhörung des Schuldners vor Anordnung der Verfahrensfortsetzung	944
3. Muster: Anordnung der Verfahrensfortsetzung	944
II. Ruhen des Eröffnungsverfahrens	945
1. Gerichtliche Feststellung	945
2. Muster: Unterrichtung des Gläubigers über das Ruhen des Verfahrens	945
3. Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	946
4. Einforderung von Abschriften	946
5. Muster: Anforderung von Abschriften des Schuldenbereinigungsplans und der Vermögensübersicht	946
III. Zustellung des Schuldenbereinigungsplans	947
1. Umfang der Zustellung	947
2. Modalitäten der Zustellung	947
3. Muster: Begleitschreiben zur Zustellung des Schuldenbereinigungsplans	948
4. Muster: „Stimmzettel“	949
IV. Gläubigerreaktionen	949
V. Änderung des Schuldenbereinigungsplans	949
1. Einmalige Ergänzungsmöglichkeit	949
2. Erneute Zustellung	950
3. Muster: Übermittlung der Gläubigerreaktionen an den Schuldner	950

Inhaltsverzeichnis

VI. Zustimmungsersetzung	951
1. Antragserfordernis	951
2. Erforderliche Mehrheiten	951
3. Entgegenstehende Einwendungen	952
a) Prüfung nur bei Geltendmachung	952
b) Unangemessene Beteiligung	952
c) Wirtschaftliche Verschlechterung	953
4. Verfahren	954
5. Muster: Anhörung des Gläubigers zum Ersetzungsantrag des Schuldners	955
6. Muster: Beschlussfassung über einen Antrag auf Zustimmungsersetzung	955
VII. Planannahme	956
1. Gerichtliche Feststellung	956
2. Vollstreckbare Ausfertigung	956
3. Muster: Feststellungsbeschluss	956
4. Wirkungen der Planannahme	957
Kapitel 4. Eröffnetes Verbraucherinsolvenzverfahren	958

Teil 7.

Besonderheiten der Nachlassinsolvenz

Kapitel 1. Das System nachlassrechtlicher Haftungsbeschränkung	
I. Die Erbenhaftung im Bürgerlichen Recht	960
1. Der Grundsatz der unbeschränkten Erbenhaftung	960
2. Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung	961
a) Die Inventarerrichtung nach §§ 1993 ff. BGB	961
b) Das Aufgebotsverfahren nach §§ 1970 ff. BGB	961
c) Die Nachlassverwaltung nach §§ 1981 ff. BGB	961
d) Die Dürftigkeitseinrede nach §§ 1990 ff. BGB	962
II. Standort und Bedeutung der Nachlassinsolvenz	962
1. Die Haftungsbeschränkung aus § 1975 BGB	962
2. Zivilprozessuale Wirkung der Haftungsbeschränkung	963
Kapitel 2. Besonderheiten des Nachlassinsolvenzverfahrens	964
I. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	964
1. Die Beteiligten im Nachlassinsolvenzverfahren	964
a) Die Stellung des Erben oder der Erben des Erblassers	964
aa) Der Erbe als Schuldner des Verfahrens	964
bb) Besonderheiten bei Vor- und Nacherbfolge	965
cc) Fortbestehen einer Nachlasspflegschaft	965
dd) Beendigung der Nachlassverwaltung	965
ee) Nachlassinsolvenz und Testamentsvollstreckung	965
b) Der Insolvenzverwalter im Nachlassinsolvenzverfahren	966
c) Die Insolvenzgläubiger	966
d) Das zuständige Insolvenzgericht	967
2. Der Insolvenzgrund nach § 320 InsO	968
a) Überschuldung	968
b) Zahlungsunfähigkeit	968
3. Der Insolvenzantrag	968
a) Antragsrecht und Antragspflicht des Erben	968
aa) Das Antragsrecht nach § 317 Abs. 1 InsO	968

Inhaltsverzeichnis

bb) Die Antragspflicht des Erben nach § 1980 Abs. 1 Satz 1 BGB	970
cc) Muster: Insolvenzantrag des Erben	971
dd) Muster: Anhörung der Miterben zum Insolvenzantrag	971
b) Antragsrecht von Nachlasspfleger, Nachlassverwalter, Testamentsvollstrecker	972
c) Das Antragsrecht des Insolvenzgläubigers	972
4. Das Insolvenzeröffnungsverfahren und die Insolvenzeröffnung	973
5. Überleitung eines Insolvenzverfahrens in die Nachlassinsolvenz	973
a) Fortführung als Nachlassinsolvenzverfahren	973
b) Muster: Überleitungsbeschluss zum Nachlassinsolvenzverfahren	974
c) Tod des Schuldners nach Insolvenzantragstellung	975
6. Besonderheiten in der Verfahrensabwicklung	975
a) Besonderheiten bei den Gläubigerversammlungen	975
b) Masseverbindlichkeiten und Insolvenzforderungen	975
aa) Die Masseverbindlichkeiten des § 324 InsO	976
bb) Die Insolvenzforderungen des § 327 InsO	976
c) Die Beendigung des Nachlassinsolvenzverfahrens	976
d) Besonderheiten im Insolvenzplanverfahren	977
e) Besonderheiten bei gleichzeitiger Insolvenz des Erben	977
II. Besonderheiten im materiellen Insolvenzrecht	978
1. Die Bestimmung der Insolvenzmasse	978
2. Anfechtung von Rechtshandlungen	979
3. Rückschlagsperre gegen Zwangsvollstreckungen in den Nachlass	979
4. Ansprüche zwischen Erben und Nachlass	980
Teil 8. Besonderheiten der Genossenschaftsinsolvenz	
Kapitel 1. Grundstrukturen der Genossenschaftsinsolvenz	982
I. Die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaft	982
1. Rechtsnatur und Ausprägungen der Genossenschaft im Wirtschaftsleben	982
2. Die Bedeutung der Genossenschaft in den neuen Bundesländern	982
II. Rechtsquellen zur Genossenschaftsinsolvenz	983
1. Die insolvenzrechtlichen Regelungen des Genossenschaftsgesetzes	983
2. Anwendung von Insolvenzordnung und Genossenschaftsgesetz	984
Kapitel 2. Besonderheiten des Genossenschaftsinsolvenzverfahrens	985
I. Besonderheiten des Regelinsolvenzverfahrens	985
1. Die Genossenschaft im Insolvenzeröffnungsverfahren	985
a) Insolvenzantrag, Antragsrecht und Antragspflicht	985
b) Insolvenzgründe bei der Genossenschaft	986
2. Besonderheiten des eröffneten Insolvenzverfahrens	986
a) Unmittelbare Folgen der Insolvenzeröffnung	986
b) Die Rechtsstellung der genossenschaftlichen Organe	987
aa) Die Befugnisse der Generalversammlung	987
bb) Pflichten und Rechte des Vorstands und des Aufsichtsrats	988

Inhaltsverzeichnis

c) Die Rechtsstellung des einzelnen Genossen	988
d) Die Bestellung eines Gläubigerausschusses	989
II. Besonderheiten bei Insolvenzplan und Eigenverwaltung	989
1. Besonderheiten des Insolvenzplanverfahrens	989
2. Besonderheiten bei Eigenverwaltung	990
Kapitel 3. Die Nachschusspflicht der Genossen	991
I. Grundlagen zur Nachschusspflicht	991
1. Die Haftungsverfassung der Genossenschaft	991
a) Die Genossenschaft als juristische Person mit personaler Innenhaftung	991
b) Bestimmung einer Nachschusspflicht im Statut nach § 6 Nr. 3 GenG	991
2. Die Voraussetzungen der Nachschusspflicht nach § 105 GenG	992
a) Eröffnung des Insolvenzverfahrens	992
b) Ausfall der Massegläubiger oder der Insolvenzgläubiger ...	992
3. Die nachschusspflichtigen Genossen	993
a) Mitgliedschaft im Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung	993
b) Die Fiktion des Nichtausscheidens nach § 75 GenG	994
c) Nachschusspflicht der Erben nach § 77 GenG	994
d) Die Nachschusspflicht ausgeschiedener Genossen nach § 115b GenG	994
II. Das Verfahren der Feststellung und der Vollstreckbarkeit	995
1. Das Grundsystem der Berechnung und Einforderung der Nachschüsse	995
2. Die Vorschussberechnung des Insolvenzverwalters	996
a) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Einforderung	996
b) Der Antrag auf Vollstreckbarerklärung der Vorschussberechnung	996
c) Muster: Vorschussberechnung mit Antrag auf Vollstreckbarerklärung	997
3. Der gerichtliche Erklärungstermin nach § 108 GenG	998
a) Der Zweck des Termins	998
b) Einberufung durch das Insolvenzgericht	998
c) Muster: Terminbestimmung nach § 107 GenG	999
d) Muster: Ladung zum Erklärungstermin	1000
e) Der Ablauf des Erklärungstermins	1000
aa) Anhörung der Beteiligten und Erhebung von Einwendungen	1000
bb) Beschlussfassung zur Vollstreckbarerklärung	1001
f) Muster: Protokoll des Erklärungstermins nach § 108 GenG	1001
4. Die Zwangsvollstreckung durch den Insolvenzverwalter	1003
a) Die Vollstreckbarerklärung als Vollstreckungstitel nach § 109 Abs. 2 GenG	1003
b) Abtretbarkeit des Anspruchs nach § 108a GenG	1003
c) Abschluss eines Vergleichs zur Nachschusspflicht nach § 112a GenG	1003
5. Die Anfechtungsklage nach § 111 GenG	1004
6. Zusatzberechnung und Nachschussberechnung nach §§ 113, 114 GenG	1004

7. Die Verteilung der Nachschüsse an die Gläubiger nach § 115 GenG	1004
a) Verteilung nach Schlussverteilung des Insolvenzverfahrens	1004
b) Verteilung mit Abschlagsverteilung nach § 115a GenG ...	1005

Teil 9.

Vergütung im Insolvenzverfahren und Kosten des Insolvenzverfahrens

Kapitel 1. Vergütung im Insolvenzverfahren	1009
I. Grundlagen zur Vergütung des Insolvenzverwalters	1009
1. Rechtsgrundlagen zum Vergütungsrecht	1009
2. Die Insolvenzzrechtliche Vergütungsverordnung	1011
3. Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1012
4. Weitere Vergütungen im Insolvenzverfahren	1012
II. Die Bestimmung der Vergütung des Insolvenzverwalters	1013
1. Grundsystem der Vergütungsgewährung	1013
2. Die Bestimmung der Insolvenzmasse	1014
3. Regelvergütung nach § 2 InsVV und Mindestvergütung	1018
4. Erhöhung oder Kürzung der Vergütung	1021
a) Typisierung der Erhöhungs- und Kürzungskriterien	1021
b) Erhöhungskriterien nach § 3 Abs. 1 InsVV	1022
c) Kürzung der Vergütung nach § 3 Abs. 2 InsVV	1027
5. Die Delegation einzelner Aufgaben durch den Insolvenzverwalter	1028
a) Die Zulässigkeit der Beschäftigung von Hilfskräften	1028
b) Die Dokumentationspflicht nach § 8 Abs. 2 InsVV	1029
c) Die vergütungsrechtlichen Folgen der Delegation	1029
d) Die zulässige Entnahme eigener Gebühren nach § 5 I InsVV	1029
6. Auslagenersatz und Umsatzsteuer	1030
III. Das Verfahren der Vergütungsfestsetzung	1032
1. Antrag auf Festsetzung der Vergütung	1032
2. Muster: Antrag auf Festsetzung der Vergütung des Insolvenzverwalters	1032
3. Beschluss des Insolvenzgerichts	1035
4. Muster: Beschluss über der Festsetzung der Vergütung des Insolvenzverwalters	1036
5. Vorschuss auf die Vergütung	1038
6. Muster: Beschluss zur Gestattung der Entnahme eines Vorschusses auf die Vergütung des Insolvenzverwalters	1039
7. Rechtsmittel gegen die Vergütungsfestsetzung	1040
IV. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	1041
1. Grundsätze zur Vergütung	1041
2. Bestimmung der Insolvenzmasse	1042
a) Ist-Masse als Berechnungsgrundlage	1042
b) Vermögenswerte mit Fremdrechten	1042
c) Liquidations- und Fortführungswert	1043
d) Der Zeitpunkt der Bewertung	1044
e) Die Grundlagen der Bewertung	1044
f) Anfechtungsansprüche	1044
g) Die Nichtberücksichtigung bei bloßer Besitzüberlassung ..	1044
h) Die nachträgliche Änderung der Vergütung nach § 63 Abs. 3 Satz 4 InsO mit § 11 Abs. 2 InsVV	1045

Inhaltsverzeichnis

i) Analoge Anwendung der Tatbestände des § 1 Abs. 2 InsVV	1045
3. Angemessener Anteil der Vergütung des Insolvenzverwalters ..	1045
a) Bruchteil von 25 Prozent	1045
b) Erhöhung oder Kürzung entsprechend § 3 InsVV	1046
4. Auslagensatz und Umsatzsteuer	1047
5. Verfahren der Vergütungsfestsetzung	1047
6. Muster: Antrag auf Festsetzung der Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	1049
V. Vergütung in besondere Verfahrensarten	1051
1. Vergütung eines Sonderverwalters	1051
2. Vergütung bei Nachtragsverteilung	1051
3. Vergütung bei Überwachung eines Insolvenzplans	1052
4. Vergütung des Sachwalters bei Eigenverwaltung	1052
a) Der Sachwalter im eröffnete Eigenverwaltungsverfahren ..	1052
b) Die Vergütung des vorläufigen Sachwalters	1053
c) Die Vergütung in sogenannten atypisch verlaufenden Verfahren	1054
5. Vergütung des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren	1054
6. Vergütung des Treuhänders im Verbraucherinsolvenzverfahren	1055
a) Vereinfachtes Insolvenzverfahren bis 30.6.2014 beantragt ..	1055
b) Vergütung in den seit 1.7.2014 beantragten Verfahren	1056
c) Der vorläufige Treuhänder oder Insolvenzverwalter	1056
VI. Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1056
1. Rechtsgrundlage der Vergütung	1056
2. Höhe der Vergütung	1057
3. Auslagen und Umsatzsteuer	1058
4. Festsetzung der Vergütung	1058
5. Muster: Beschluss über die Festsetzung der Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	1058
Kapitel 2. Gerichtskosten des Insolvenzverfahrens	1060
I. Kostenschuldner, Gegenstandswert und Kostenansatz	1060
1. Gerichtskosten und Kostenfreiheit	1060
2. Kostenschuldner	1061
3. Gegenstandswert und Fälligkeit der Gebühren	1062
4. Zeitpunkt des Kostenansatzes und Kostenvorschuss	1063
a) Zuständigkeit des Kostenbeamten	1063
b) Rechtsmittel gegen den Kostenansatz	1064
c) Muster: Beschluss über die Zurückweisung der Erinnerung gegen den Kostenansatz	1064
d) Gebühren- und Auslagenvorschuss	1065
e) Muster: Kostenrechnung im Insolvenzverfahren	1066
5. Massekostenvorschuss	1067
II. Die Gebührentatbestände des Gerichtskostengesetzes	1067
1. Das System der Gebührentatbestände	1067
2. Die Antragsgebühr im Eröffnungsverfahren	1067
a) Höhe und Abgeltungsumfang der Antragsgebühr	1067
b) Mehrere Insolvenzanträge gegen einen Schuldner	1068
c) Verbindung mehrerer Anträge	1068
d) Antrag eines Gläubigers gegen mehrere Schuldner	1068
3. Verfahrensgebühr des eröffneten Insolvenzverfahrens	1069

Inhaltsverzeichnis

4. Gebühr für besonderen Prüfungstermin	1069
5. Besondere gerichtliche Verfahren innerhalb des Insolvenzverfahrens	1070
a) Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung	1070
b) Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	1070
c) Verfahren der Nachtragsverteilung	1070
d) Gerichtliches Schuldenbereinungsverfahren	1070
e) Verfahren der Restschuldbefreiung	1070
f) Insolvenzplanverfahren	1070
6. Gebühren im Beschwerdeverfahren	1071
7. Weitere gebührenfreie Nebengeschäfte	1072
a) Eintragungen in Grundbuch, Handelsregister	1072
b) Abschriften aus dem Schuldnerverzeichnis	1072
c) Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen aus der Insolvenztabelle	1072
III. Die Entschädigung des Sachverständigen	1072
1. Grundlagen zur Bemessung der Entschädigung	1072
2. Verfahren der Festsetzung	1073
Kapitel 3. Kosten des Gerichtsvollziehers im Insolvenzverfahren	1074
I. Allgemeine Geltung des Gerichtsvollzieherkostengesetzes	1074
II. Die Gebührentatbestände des Gerichtsvollzieherkostengesetzes ..	1074
1. Allgemeine Regelungen	1074
a) Voraussetzungen der Tätigkeit des Gerichtsvollziehers	1074
b) Rechtsgrundlage der Gebühren des Gerichtsvollziehers ...	1074
c) Schreibuslagen und Wegegeld	1075
d) Vordruck- und Telefonauslagen	1075
e) Tätigwerden zur Nachtzeit, an Sonn- und Feiertagen	1075
2. Einzelne Gebühren im Insolvenzverfahren	1075
a) Siegelung der Insolvenzmasse	1075
b) Verhaftung und Vorführung des Schuldners	1076
c) Inbesitznahme der Insolvenzmasse	1076
Kapitel 4. Rechtsanwaltsgebühren im Insolvenzverfahren	1077
I. Allgemeine Geltung der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung ..	1077
II. Die Gebührentatbestände des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes ..	1077
1. Insolvenzeröffnungsverfahren	1077
a) Vertretung des Schuldners	1077
b) Vertretung des antragstellenden Gläubigers	1078
2. Insolvenzverfahren	1078
a) Vertretung eines Beteiligten des Insolvenzverfahrens	1078
b) Vertretung eines Aus-, Absonderungsberechtigten oder eines Massegläubiger	1078
c) Anmeldung einer Forderung zur Insolvenztabelle	1079
3. Besondere Verfahrensarten	1079
a) Insolvenzplanverfahren	1079
b) Schuldenbereinigung und Verbraucherinsolvenz	1080
c) Restschuldbefreiungsverfahren	1080
4. Beschwerdeverfahren	1080
5. Erstattung der Rechtsanwaltskosten	1081

Inhaltsverzeichnis

Teil 10.	
Internationales Insolvenzrecht	
Kapitel 1. Überblick	1084
I. Der Begriff des Internationalen Insolvenzrechts	1084
II. Rechtsgrundlagen	1084
1. Nationales Recht	1084
2. Zwischenstaatliche Übereinkommen	1085
3. Verordnung (EU) Nr. 2015/848	1085
III. Internationale Zuständigkeit der Insolvenzgerichte	1086
1. Nationales Recht	1086
2. EU-Verordnung	1086
Kapitel 2. Wirkungserstreckung eines ausländischen Verfahrens auf das deutsche Inland	1089
I. Wirkungserstreckung durch Anerkennung	1089
1. Allgemeines	1089
2. Autonomes deutsches Recht	1089
3. EU-Verordnung	1089
II. Anerkennungsvoraussetzungen	1090
1. Universalitätsanspruch der lex concursus	1090
2. Internationale Zuständigkeit des Eröffnungsgerichts	1090
a) Nationales Recht	1090
b) EU-Verordnung	1091
III. Verfahren der Anerkennung	1091
IV. Umfang der Wirkungserstreckung	1091
1. Verfügungsmacht des ausländischen Verwalters	1091
2. Vollstreckungsverbot	1092
3. Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen	1093
4. Aufrechnung	1093
5. Sicherungsrechte	1093
6. Unterbrechung eines inländischen Zivilverfahrens	1093
7. Ausländische Restschuldbefreiung	1094
8. Gegenseitige Verträge	1094
9. Erstreckung der Tatbestandswirkung	1094
Kapitel 3. Vollstreckung ausländischer Insolvenzentscheidungen	1096
I. Autonomes Recht	1096
II. EU-Verordnung	1096
Kapitel 4. Beteiligung inländischer Gläubiger am ausländischen Verfahren	1097
I. Allgemeines	1097
II. Mitteilung der Verfahrenseröffnung	1097
III. Forderungsanmeldung	1097
Kapitel 5. Aufgaben des inländischen Insolvenzgerichts aufgrund einer ausländischen Verfahrenseröffnung	1099
I. Allgemeines	1099
II. Sicherungsmaßnahmen	1099
1. Voraussetzungen	1099
2. Zuständigkeit	1099
III. Veröffentlichungen	1100
1. Voraussetzungen und Modalitäten	1100
2. Zuständigkeit	1101

Inhaltsverzeichnis

IV. Registereintragungen	1101
1. Voraussetzungen und Inhalt	1101
2. Zuständigkeit	1102
Kapitel 6. Inländisches Partikularinsolvenzverfahren	1103
I. Begriff	1103
II. Voraussetzungen	1103
1. EU-Verordnung	1103
2. Autonomes Recht	1104
3. Vermeidung eines Sekundärinsolvenzverfahrens	1104
III. Zuständigkeit	1105
IV. Antragsrecht	1105
1. Eigenantrag	1105
2. Gläubigerantrag	1106
V. Prüfung der Eröffnungsvoraussetzungen	1106
1. Eröffnungsgrund	1106
2. Abweisung mangels Masse	1107
VI. Eröffnung des Partikularinsolvenzverfahrens	1107
1. Eröffnungsbeschluss	1107
a) Inhalt	1107
b) Muster: Eröffnungsbeschluss für ein Sekundärinsolvenzverfahren i. S. des Art. 27 EuInsVO ...	1107
2. Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses	1109
3. Forderungsanmeldung	1110
4. Aussetzung der Verwertung	1110
5. Beteiligung des ausländischen Insolvenzverwalters	1111
6. Insolvenzplan und Restschuldbefreiung	1111
7. Erlösverteilung	1112
Kapitel 7. Wirkungserstreckung eines inländischen Insolvenzverfahrens im Ausland	1113
I. Universalitätsanspruch des deutschen Rechts	1113
II. Inländische Rechtsfolgen	1113
III. Ausländische Rechtsfolgen	1114
IV. Besonderheiten eines inländischen Verfahrens mit Auslandsbezug	1114
1. Begründung des Eröffnungsbeschlusses	1114
2. Vermeidung von Kompetenzkonflikten	1114
3. Ausländisches Sekundärinsolvenzverfahren	1115

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG